## Ukrainekrieg.

Den gerechten bewaffneten Kampf des Proletariats zur Verteidigung des Volkes gegen die Unterjochungsversuche nutzen als Schulung für die Vorbereitung der Revolution in der Ukraine!

## September 2023

(2. Auflage)

- REVOLIT-

## Kontakt und Bezug über: revolit@web.de Revolit c/o M99 im Exil, Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin

V.i.S.d.P.: B. Hanstedt, Straße der Freundschaft 18, 99817 Eisenach

Der Krieg dauert nun schon über ein Jahr. Es ist der seit Langem schwelende und am 24. Februar 2022 ganz offen entbrannte Krieg zwischen der Russischen Föderation, des russischen Imperialismus, mit der Ukraine und dieser hat zu einer Fülle von Verlautbarungen, Erklärungen und Sinndeutungen von sich als "ML" verstehenden Gruppen und Organisationen geführt. Über die Beurteilung dieses Konflikts und seiner Hintergründe wurde und wird seitdem viel herumtheoretisiert, herumgeglaubt und herumgemeint.

Da sind wir mit unserer Rubrik gefordert, in der wir immer wieder Publikationen vorstellen, die wir für marxistisch im Herangehen an die jeweils aufgeworfene Frage halten und derart das Klassenbewusstsein in die Arbeiterklasse in Deutschland hineintragen und fördern und propagandistisch aufklären darüber, wie Engels es verschiedentlich formulierte: "Weil die Lage der Arbeiter aller Länder dieselbe, weil ihre Interessen dieselben, ihre Feinde dieselben sind, darum müssen sie auch zusammen kämpfen." (Marx/ Engels, "Reden über Polen", MEW 4, S.418) Oder wir kritisieren in dieser Presseschau an typischen Beispielen solche superklugen Proklamationen, die unter dem Mantel des Marxismus-Leninismus in Wirklichkeit opportunistischen Humbug verbreiten. Ohne die Aufdeckung und den Kampf gegen den Opportunismus, gegen Verfälschungen des Marxismus kann von einer Bewusstmachung und Revolutionierung nur an der Oberfläche und als Strohfeuer die Rede sein.

Und deshalb stellen wir heute allen Interessierten ein richtig qualifiziertes Flugblatt von der "Marxistischen Aufbauorganisation Kämpfen lernen" zu dem Krieg zwischen dem russischen Imperialismus und der Ukraine vor: "Russland raus aus der Ukraine / Deutscher Imperialismus, Hände weg von der Ukraine / Alle Regierungen lügen, heucheln und betrügen" (2. Auflage, April 2022, im Anschluss an die Besprechung dieser Veröffentlichung in diesem Heft S.46—S.55 abgedruckt). Es ist zwar schon über ein Jahr alt, ist aber von dem marxistischen Herantreten an diesen Krieg, der Analyse seines sozialen Gehalts, seiner historischen Entstehung unter Berücksichtigung der ökonomischen, politischen und militärischen Bedingungen, damit die Wahrheit anwendend, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik der beteiligten Mächte bzw. der beteiligten Klassen mit anderen Mitteln ist, hervorzuheben. Bemerkenswert vor allem in Hinsicht auf die Beurteilung des daraus erwachsenden Charakters dieses militärischen Konflikts vom Standpunkt des Proletariats. Die diesbezüglichen Schlussfolgerungen und Aufgabenstellungen für das beteiligte klassenbewusste Proletariat der verschiedenen Länder haben nichts an ihrer Aktualität (auch in Rücksicht auf die sonstigen, seit über einem Jahr

kursierenden Auslegungen und Vermutungen über dieses Geschehen) eingebüßt und sind deshalb wichtig, wieder in Erinnerung gerufen zu werden.

Es ist schon darum ein gutes Flugblatt, weil es den deutschen Imperialismus ins Visier nimmt und in den Mittelpunkt stellt, unterstreicht, dass er mit seinem Staatsapparat der Hauptfeind des Proletariats in Deutschland ist und bleibt und es auch nach dem Überfall des russischen Imperialismus darum gehen muss, die Interessen der Revolution in den anderen Ländern als Dreh- und Angelpunkt vertretend, vorrangig die Verbrechen des "eigenen" Imperialismus aufzudecken, ins Bewusstsein zu bringen und zu entlarven. Er treibt mit kräftigen Marschschritten in Buwe-Stiefeln (so was zu schreiben, hat sich einfach aufgedrängt) einen großen Militarisierungsschub nach innen und nach außen ganz offen voran ("Zeitenwende") und hat schon immer begehrlich in den Osten Europas geguckt. Die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" stellen die Aufgaben für das klassenbewusste Proletariat und die wirklich demokratischen Kräfte im Kampf gegen den sich ökonomisch, politisch und ideologisch sprunghaft entwickelnden deutschen Militarismus, der sich momentan besonders augenfällig im Rüstungsboom und den Waffenlieferungen äußert, heraus, mit der Produktion von Waffen, die keinesfalls einer gerechten Sache dienen sollen. Der Marxismus, der Leninismus und die Geschichte lehren: Der Militarismus ist seit jeher ein Hauptwerkzeug der Klassenunterdrückung, auch wenn die Herrschenden aktuell glauben machen wollen (siehe etwa die olivgrüne Figur Hofreiter), die Waffen seien doch nur dazu da, der Ukraine zu helfen.

Das Flugblatt stellt den deutschen Imperialismus in den Zusammenhang des gegenwärtigen internationalen Gefüges der imperialistischen Großmächte in Verknüpfung mit der gegenwärtigen Epoche als letztem Stadium des Kapitalismus, die nicht nur Weltkriege gebar — dies seit Anfang des 20. Jh. in relativ kurzer Zeit zweimal — sondern ebenfalls eine ganz riesige Welle regional begrenzter Eroberungskriege, Aggressionen und Interventionsversuche unter Verletzung/Beseitigung des Selbstbestimmungsrechts, der Unabhängigkeit und Selbständigkeit anderer, hauptsächlich schwächerer/kleinerer Länder. Der Krieg ist eine Erscheinung, die es so lange geben wird wie die Klassen und die niemals nur für sich behandelt werden kann, nicht außerhalb ihres konkreten historischen Zusammenhangs, nicht außerhalb der Gesetzmäßigkeiten der jeweiligen Epoche. Der Krieg der herrschenden Ausbeuterklassen ist die Verwirklichung, Durchführung, Fortsetzung der auf weitere Unterdrückung und Ausbeutung, Eroberung und Versklavung gerichteten, mit militärischen Mitteln in die Tat umgesetzte Innen- und Außenpolitik. Seit der Ausbreitung und Weiterentwicklung des kapitalistischen Eigentumssystems an den Produktionsmitteln als Basis der Produktionsverhältnisse entstanden und entstehen diese Kriege, wie man weiß, auf der Grundlage des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder, solange, bis der Imperialismus in der proletarischen Revolution beseitigt worden ist. Der imperialistische Krieg wie die Politik der herrschenden Klassen überhaupt, die zu diesem Krieg führten, werden erzeugt auf der ökonomischen Basis bei Herrschaft des Monopolkapitals, das sich den jeweiligen Staatsapparat untergeordnet hat. Der Kapitalismus im Stadium der imperialistischen Entwicklung löst immer wieder imperialistische Kriege aus, treibt das Monopolkapital geradewegs dazu, um sich Maximalprofite sichern zu können. So führen die imperialistischen Großmächte Kriege, um sich Rohstoffe, Absatzmärkte und Einflussspähren exklusiv zu sichern; um den Status quo der unter den Großmächten aufgeteilten Welt zu verändern; um kleinere, schwächere Länder zu erobern, dto. um sie ihren imperialistischen Interessen noch abhängiger und willfähriger zu machen; um sich dieses Land im Rahmen der imperialistischen Versuche der Neuaufteilung der Einflusssphären der eigenen uneingeschränkten Kontrolle zu unterwerfen; um die aktuelle Regierung/die Machthaber des gegebenen Staates in eine Vasallenregierung ihrer Wahl einzutauschen; um andere Formen der neokolonialen Abhängigkeit zu etablieren usw. usf. Und, nicht zu vergessen, dient diese Kriegspolitik dazu, Misstrauen und Zwietracht zwischen den Proletarier:innen der anderen Länder und zwischen den Proletarier:innen der Metropolen und den unterdrückten Völkern zu säen. Kriege zwischen kapitalistischen Ländern sind unvermeidlich, was ebenso einschließt, dass eine starke Friedensbewegung den Ausbruch eines solchen konkreten Krieges durchaus zeitweilig verhindern oder hinausschieben kann. Dessen ungeachtet bleibt die Gesetzmäßigkeit, die Unvermeidlichkeit von Kriegen im Imperialismus insgesamt bestehen.

Alle wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiet der Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus zusammenfassend, dabei die reaktionären Klasseninteressen dieser gegenwärtigen gesellschaftlichen Produktion herausstellend und die Jagd nach Maximalprofit als Triebkraft in den Mittelpunkt stellend (als das Wesentliche bei der Produktion materieller Güter gegenwärtig überhaupt, was sich immer wieder bewusst zu machen ist), fasste Stalin so zusammen: "Die wichtigsten Züge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus könnten etwa folgendermaßen formuliert werden: Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, beson-

ders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofiten dienen." (Stalin, "Bemerkungen zu ökonomischen Fragen, die mit der Novemberdiskussion 1951 zusammenhängen", in: "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", 1952, sog. "SW 15", S.329—S.330)<sup>1</sup>

Auch das Handeln unseres Hauptfeindes, seine Ökonomik, seine Politik, (egal, welche Gestalten ihn repräsentieren), nachdem mit der Niederlage Nazideutschlands notgedrungen die konkreten Weltherrschaftspläne erst einmal etwas in den Hintergrund gerückt werden mussten, wird bestimmt durch dieses Grundgesetz des monopolistischen Kapitalismus. Und so beteiligte er sich an Überfällen politisch souveräner Staaten; unterstreichen die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" im Flugblatt, so wird er sich auch weiterhin daran nicht nur beteiligen, sondern wird auch die Führung anstreben. Dies betonen die Genoss:innen mit der Entlarvung seiner Außenund Innenpolitik und fordern zu Recht auf, die Heuchelei, den Betrug und die Gefahren, die vom deutschen Imperialismus ausgehen, vor aller Welt zu entlarven und nicht aufzuhören, die revolutionäre Entwicklung hin zum Sturz der Bourgeoisie voranzutreiben und die revolutionäre Vereinigung der Ausgebeuteten und Unterdrückten schmieden zu helfen und diese Linie nach Kräften in den anderen Ländern zu unterstützen.

Marxist:innen dürfen in Anbetracht eines imperialistischen Überfalls auf ein kleines/schwaches Land und der militärischen Gegenwehr nicht allein immer wieder die Gefahr eines drohenden Weltkriegs beschwören, weil es auch hinter lokalen Kriegen, so allgemein die Auskünfte, unvermeidlich die Interessen der verschiedenen imperialistischen Großmächte gibt und diese berührt/gestört werden. Freilich: So allgemein das richtig und die Möglichkeit in diesem Stadium des Kapitalismus real gegeben ist, so ist es eben darum für den gegebenen besonderen Fall unzureichend, diesen zu erfassen — d.h. ohne die obligatorische konkrete Analyse der jeweiligen historischen Situation in ihrer Entwicklung, wie das die Einschätzung des jeweiligen Krieges als politisches Instrument mit bewaffneten Mitteln verlangt. Auch der Ausbruch von Weltkriegen folgt der marxistischen These des Zusammenhangs zwischen Politik und Krieg als Fortsetzung und In-

.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Mit dieser Quellenangabe beziehen wir uns hier und im Weiteren auf eine als so genannte "J.W. Stalin, Werke, Band 15" ausgegebene lückenhafte Zusammenstellung einer Reihe von Schriften J.W. Stalins durch die KPD/ML, Dortmund: Verlag Roter Morgen, (sog. "Bd. 15", Mai 1945 bis Dezember 1952, Erscheinungsjahr 1979). Diese Sammlung entsprach nicht der Planung des Marx-Engels-Lenin-Instituts beim ZK der KPdSU(B). (Vgl.: "Vorwort zu den Gesammelten Werken J.W.Stalins", SW 1, Berlin 1953, S.IX.)

strument der vorhergegangenen nationalen Innen- und Außenpolitik der beteiligten Mächte im Zusammenhang mit ihren weltweiten Ambitionen. Zweimal führten die imperialistischen Widersprüche nach dem imperialistischen Weltkrieg und dem imperialistischen Frieden zu einem neuen Weltkrieg. Beider Ursprung war das Ergebnis der Entwicklung der ökonomischen und politischen Widersprüche des Monopolkapitalismus unter besonderer Berücksichtigung der Widersprüche der imperialistischen Großmächte. Ihr Charakter war u.a. auf Grund der konkreten historischen Bedingungen, der Politik der damaligen kriegsführenden Mächte, der beteiligten Klassen und ihrer Kriegsziele und von den Interessen des internationalen Proletariats her gesehen von Anfang an völlig unterschiedlich und so auch die Taktik. Gegenwärtig nicht nur allgemein den Ausbruch eines nächsten Weltkriegs zu prophezeien, sondern ihn als mit der Hand zu greifen vorherzusagen, bedeutet, bei der Analyse der Lage und den daraus sich ergebenden Aufgaben vom Möglichen ausgehen und nicht vom Wirklichen, bedeutet, die Komplexität des konkreten Sachverhalts durch eine großflächige, plakative These zu ersetzen, die ablenkt von den jetzt von dem Proletariat in den verschiedenen Ländern aktuell zu lösenden Aufgaben. Außerdem: Die Gefahr eines Weltkrieges am Horizont auszumachen geht, näher betrachtet, häufig genug einher mit der Geringschätzung der Abwehr und des Kampfes in einem begrenzten Eroberungskrieg gegen die Unterwerfungsversuche durch einen Aggressor. Mit Verweis auf die Weltkriegsgefahr verwehrt man sich die präzise Beurteilung darüber, ob etwa der Abwehrkampf der Werktätigen in einem Land gegen die drohende Besatzung, gegen die Missachtung des Selbstbestimmungsrechts gerecht ist, dem Proletariat dienlich ist oder eben nicht. Diese Einschätzung als Aufgabe bleibt unverzichtbar; denn wo es Unterdrückung gibt, da gibt es auch Widerstand.

Für Marxisten-Leninist:innen zählt die notwendige Beseitigung der Unterdrückung und die engste Annäherung der Nationen und ihre volle Gleichberechtigung zu den grundlegenden Interessen der proletarischen Bewegung überhaupt. Marx formulierte diese Aufgabe als Frage, deren Antwort sich mit dem Stellen dieser Frage bereits erübrigt: "Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet?" (Marx, "Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation", MEW 16, S.13) Die Missachtung, die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen steht einer Annäherung, einem gegenseitigen Vertrauen, geschweige denn einer Gleichberechtigung der Völker und

Nationen diametral entgegen. "Alle Nationen", so Lenin demgemäß, "haben das Recht auf Selbstbestimmung [...]." Lenin, "VIII. Parteitag der KPR(B), Bericht des Zentralkomitees", 1919, LW 29, S.158) (Das gilt entsprechend für ein Land mit einer herrschenden Nation und nationalen Minderheiten.) Ein Überfall auf ein anderes Land, ein Eroberungsversuch eines schwächeren Landes durch eine imperialistische Großmacht, eine Annexion fremden Gebiets ist eine Verletzung dieses Rechts auf Selbstbestimmung, was dem klassenbewussten Proletariat des überfallenden wie auch des überfallenen Landes nicht gleichgültig sein kann, so es doch darum gehen muss, ihre gemeinsamen grundlegenden Interessen gegen den gemeinsamen Feind zu verteidigen und sich dazu zu vereinigen.

Das Proletariat, das in den Eroberungskrieg geschickt worden ist; das sich zum Werkzeug einer imperialistischen Großmacht machen lässt, die sich das Privileg herausnimmt, andere Länder zu überfallen; ein Proletariat, das hilft, das Selbstbestimmungsrecht eines anderen Landes, einer anderen Nation zu verletzen; das, soweit es ein solches Vorgehen verteidigt, dem Chauvinismus, dem Gift der Bourgeoisie erlegen ist, diesem Proletariat ist seine Lage zum Bewusstsein zu bringen, in aller Klarheit bewusst zu machen, dass es mit dem Militarismus nach innen wie auch nach außen, mit dem Überfall auf ein anderes Land, seine eigenen Ketten schmiedet. Die Haltung der Marxist:innen der unterdrückenden Nationen, so unterstrich Lenin deshalb, sei der Angelpunkt, um den sich die Frage der Selbstbestimmung der Nationen in dieser Epoche drehe.

Die Geschichte der letzten mehr als 120 Jahre beweist denn auch, dass Eroberungskriege immer wieder stattgefunden haben und stattfinden, und belegt die unveränderte Richtigkeit und unveränderte Aktualität der Feststellung Lenins zur Frage, welche Haltung das Proletariat als Werkzeug des Aggressors einzunehmen hat: "Der Imperialismus ist die Epoche der fortschreitenden Unterdrückung der Nationen der ganzen Welt durch eine Handvoll «Groß» mächte, und darum ist der Kampf für die internationale sozialistische Revolution gegen den Imperialismus unmöglich ohne Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. «Ein Volk, das andre unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren.» (Marx und Engels.) Ein Proletariat, das sich auch nur mit dem kleinsten Gewaltakt «seiner» Nation gegen andere Nationen abfindet, kann nicht sozialistisch sein." (Lenin, "Sozialismus und Krieg", 1915, [verfasst mit dem späteren Renegaten G.Sinowjew], LW 21, S.318 – Der 2. und 3. Satz dieses Zitats wird auf S.2 des Flugblatts und S.48 dieses Heftes wiedergegeben, allerdings nicht korrekt und ohne Quellenangabe.)

Das Proletariat und die anderen Werktätigen, die gegen den Überfall und den Eroberungsversuch einer imperialistischen Großmacht sich zur Wehr setzen und sich damit der Aggression gegen ihr Land und der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts dieses Landes entgegenstellen, (soweit der Krieg nicht hat verhindert werden können) können einen gerechten Befreiungskampf führen. (Nicht automatisch natürlich, sondern nach Prüfung der historischen, der ökonomischen und politischen Bedingungen usw., die den Krieg hervorgerufen haben vom Standpunkt der Interessen des internationalen Proletariats. ) Es ist nachgerade diese alte Variante des Opportunismus, der die Genoss:innen von "Kämpfen lernen entschieden entgegentreten, die "übersieht", dass es gerechte Kriege im Sinne des Kurzen Lehrgangs gibt, nämlich einen Befreiungskrieg mit dem Ziel, "das Volk gegen einen äußeren Überfall und gegen Unterjochungsversuche zu verteidigen" —, der sowohl zu unterscheiden ist von "der Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus" — als auch von "der Befreiung der Kolonien und abhängigen Länder vom Joche der Imperialisten". ("Geschichte der KPdSU (B) — Kurzer Lehrgang", Berlin 1955, S.210, siehe S.49 dieses Heftes.)

Besonders irritieren dürfte die Zeichendeuter:innen, die die konkrete Gefahr eines Weltbrandes bereits ganz akut am Horizont auszumachen glauben, dass es doch nach Auffassung des Autorenkollektivs mit Stalin möglich zu sein schien, dass es diese drei Arten Befreiungskriege, gerechte Kriege, nicht nur gegeben hat, sondern es sie auch weiterhin gibt und geben wird — im Kapitalismus des letzten Stadiums, der unvermeidlich immer weiter imperialistische Kriege gebärt —, ohne dass die Völker der Welt vor ihrer Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung im Gemetzel eines imperialistischen Weltkrieges verbluten. Und dass ein Volk sich gegen einen Überfall verteidigen, sich gegen die grobe Verletzung des Selbstbestimmungsrechts durch eine imperialistische Großmacht zur Wehr setzen kann, was nach dem Kurzen Lehrgangs offenbar im Interesse des Proletariats ist, auch wenn gleichzeitig, fügen wir hinzu, oder sogar als Ausdruck dessen der Drang und Zwang nach Neuaufteilung der ökonomischen und politischen Einflusssphären der imperialistischen Großmächte oder sogar das Ringen um Vorherrschaft.

Die Veröffentlichung der Genoss:innen von "Kämpfen lernen" — einer der nicht zu überschätzenden Pluspunkte dieser Verlautbarung — verteidigt diese marxistisch-leninistische Theorie von gerechten Kriegen des Kurzen Lehrgangs und beantwortet die Frage des Kampfes gegen die Privilegien von ökonomisch, politisch, militärisch stärkeren Ländern, kleine, schwächere zu überrollen, unabhängige Länder in abhängige zu verwandeln, und

stellt auch unseren Hauptfeind in diese Riege der Privilegierten. Das Flugblatt räumt auf mit dem Unsinn, dass es sich in dem seit Februar letzten Jahres offen ausgetragenen militärischen Konflikt auf dem Boden der Ukraine von beiden Seiten um einen imperialistischen Krieg handele und weist dabei auf die Rolle unseres Hauptfeindes hin.

Die Aussage dieses Flugblatts beruht auf dem Anliegen, einen gerechten Krieg kleiner oder schwacher Länder gegen die Eroberungsversuche, gegen den Überfall einer imperialistischen Großmacht und ihre Versuche der militärischen Unterwerfung in unverkennbarer Ablehnung einer isolierten, d.i. einer einseitigen und verzerrte Untersuchung der internationalen Bedingungen dieser Epoche als einen gerechten Befreiungskrieg zu rechtfertigen und sich für den Kampf gegen die Verletzung von Unabhängigkeit und Selbständigkeit, gegen die Missachtung des Selbstbestimmungsrechts dieses Landes entsprechend dem Kurzen Lehrgang einzusetzen. Dies um so mehr, weil die (s.o., S.8 dieses Heftes) "fortschreitende Unterdrückung der Nationen der ganzen Welt durch eine Handvoll «Groß»mächte" ein typisches, geradezu gesetzmäßiges Merkmal dieser Epoche ist, unvermeidliches Resultat des Wirkens des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder. Der Abwehrkampf des überfallenen Landes gegen den imperialistischen Angriff, so das Flugblatt, ist zu verbinden mit Schritten hin zu der Entwicklung der revolutionären Massenbewegung zur Vorbereitung der proletarischen Revolution, so, wie es die objektive historische Lage dieser Epoche erfordert. Die Genoss:innen schreiben in ihrem Flugblatt klar und deutlich (vgl. S.2 des Flugblatts, S.48 dieses Heftes.), dass nur das Proletariat entsprechend dem revolutionären Interesse des internationalen Proletariats sich für die Verwirklichung des vom konsequent demokratischen Geist geprägten Selbstbestimmungsrechts als Waffe gegen den Imperialismus einsetzt. Nur diese Klasse wird das garantieren und gegen die Verdrehungen und Heuchelei der Bourgeoisie selbst richten, z.B. das Verstümmeln und Verzerren à la Baerbock & Co. und solchen zutiefst reaktionären Figuren aufdecken.

Der Kampf gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts hat allerdings unter einer Vielzahl von Genoss:innen, die sich dazu berufen fühlen, als Marxisten-Leninist:innen tätig zu sein, einen ausgesprochen schlechten Ruf. So sei es doch nur bürgerliches Völkerrecht. Diese Meinung dokumentiert völliges Unverständnis in dieser wichtigen Teilfrage des proletarischen Internationalismus. Es geht bei diesem Recht im Widerspruch zur stockbürgerlichen Interpretation nicht nur um seine Gewährleistung ohne Nationalismus, ohne Verhetzung der Massen, es geht um die

Verwirklichung des entschiedensten und konsequentesten Demokratismus in der Frage des Verhältnisses der Nationen und Staaten zueinander, wie die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" unterstreichen (s. S.50 dieses Heftes). Es gehört, so aufgefasst und praktiziert, zu den Prinzipien der proletarischen Demokratie. - Vgl. hierzu die Polemik Lenins gegenüber einem Vertreter der reaktionären, chauvinistischen Konstitutionell-"Demokratischen" Partei: "O ja, Herr Mogiljanski, kein einziges demokratisches Recht ist ein «Fetisch», bei keinem von ihnen darf man z.B. den Klasseninhalt vergessen. Sämtliche allgemein-demokratischen Forderungen sind bürgerlich-demokratische Forderungen, aber daraus können nur Anarchisten und Opportunisten eine Schlussfolgerung ziehen, die gegen die konsequenteste Verfechtung dieser Forderungen durch das Proletariat spricht." (Lenin "Die Kadetten und das «Selbstbestimmungsrecht der Völker»", 1913, LW 19, S.522; siehe auch Lenin über unentbehrliche Erziehung des Proletariats "im die Geiste konsequentesten und revolutionär entschiedensten Demokratismus". "Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1915, LW 21, S.416.) Vgl. Stalin, der bekanntlich 1952 auf seiner Rede auf dem XIX. Parteitag der KPdSU erklärte, dass nunmehr den kommunistischen und demokratischen Parteien die Aufgabe zufalle und nicht mehr der Bourgeoisie, geradewegs im Gegensatz zu dieser die konsequentesten Verfechter der bürgerlich-demokratischen Forderungen zu sein und dass sie daher "das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität"(...), erheben und vorantragen müssen". (Stalin, Rede auf dem XIX. Parteitag der KPDSU, 1952, sog. "SW 15", S.394)

Weiter. Die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" tun unserer Einschätzung nach nichts anderes als sich auf eine wesentliche, typische Erscheinung dieser Epoche zu beziehen, in der die politische Unabhängigkeit der kleinen Länder mit Füßen getreten wird, sie der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane des Imperialismus im Rahmen des Ringens um die Neuaufteilung der Einflussspähren ausgesetzt sind. Ob der daraus entstehende militärische Konflikt eine gerechte Seite hat oder nicht, das entscheiden die konkrete Analyse und die historischen Bedingungen insgesamt im Licht des Interesses des Proletariats. Die Genoss:innen unterstreichen entgegen der Strömung, die z.B. diesen jetzigen Krieg in einer Wirklichkeitskonstruktion zu einem von beiden Seiten geführten imperialistischen Krieg umdeuten will, dass es sich hier um eine Aggression und eine Intervention des russischen Imperialismus handelt, um die Eroberung ukrainischen Gebiets, um einen Überfall und einen Angriff auf die Ukraine.

Wenn die deutsche Kriegspropaganda allenthalben von "Putins verbrecherischem Angriffskrieg" tönt, so haben die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" schon aufgezeigt, dass hier ein Räuber und Bandit den anderen beschimpft, da beide auf der Weltbühne tätig sind, um sich Einflussspähren usw. zu sichern und diese zu erweitern. Der Krieg und die Kriegsziele der kriegsführenden Länder können nur begriffen werden nicht als Schicksalsschlag oder als Marotte durchgeknallter Führer, es handelt sich um eine gesellschaftliche Erscheinung auf der Basis gesetzmäßiger, unabhängig vom Willen der Menschen sich vollziehender Prozesse der ökonomischen Entwicklung des Imperialismus, die politisch zu Tage treten. Ein Krieg ist der marxistischen These gemäß die Fortsetzung der auf dieser Basis durchgeführten Politik der interessierten herrschenden Klassen/Mächte vor dem Krieg, so ganz ausdrücklich dieses Flugblatt. (Siehe S.1 des Flugblattes, S.46 dieses Heftes.) D.h. die Besonderheit des Krieges als politisches Mittel/Instrument besteht nicht lediglich und vornehmlich darin, Streitkräfte zu vernichten, den Angreifer militärisch zu schwächen. Die politische Absicht ist der Zweck. Der Krieg als Mittel dient in der Hauptsache und im Kern den Klassenzielen einer möglicherweise schon jahrzehntelangen verfolgten Politik und ist in Anbetracht dessen die Fortsetzung der Politik der beteiligten Mächte vor dem Krieg überhaupt.

Die Analyse, ist man bis zu dieser Stelle vorgestoßen (nehmen wir an, dass genauestens jede kriegsführende Seite erfasst wurde), ist noch nicht beendet, sondern bleibt noch eine isolierte, d.h. einseitige Untersuchung, soweit diese ausschließlich die Politik der herrschenden Klassen im Blick hat (den Verursachern des Krieges), nicht jedoch der soziale Inhalt dieses Krieges damit wirklich erfasst wird. Der erschließt sich erst parteilich, das ist vom Standpunkt des Proletariats aus, namentlich aus der Analyse in Verknüpfung mit dem revolutionären, dieser Epoche genügenden Interesse des internationalen Proletariats wie auch den beiden der kriegsführenden Seiten. Erst auf diese Art wird man den Charakter des gegebenen Krieges erfassen können und die gerechten Kriege, die im Interesse des Proletariats geführten von dem ungerechten Krieg unterscheiden — mit den entsprechenden Aufgaben, was zu tun ist. Sonst gelangt man mit einem merklich platten (leider auch heutzutage weit verbreitetem) Verständnis des Zusammenhangs von Politik und Krieg dazu, allein die Politik, die den Krieg erzeugt hat, zu betrachten, was nur die Politik der Herrschenden gelten lässt, die zu dem konkreten Krieg geführt hat. Derart entwickelt man fast zwangsläufig und mit einer gewissen Logik eine verzerrte Auffassung: Gerechte, von dem Proletariat und den wirklich demokratisch verfassten Kräften zu unterstützende Kriege seien nur diejenigen, soweit es um den Sturz der "eigenen" herrschenden Klasse geht oder daneben die nationalen Befreiungskriege; alle anderen werden gegenwärtig jedenfalls von den Regierungen herrschender Klassen geführt, die schon deshalb reaktionär sind, weil sie das Volk im eigenen Land unterdrücken. Näher betrachtet ist ein solches Resultat freilich substanzlos und grundfalsch, weil es, sagen wir es so, den Marxismus und die Interessen des internationalen Proletariats nicht wirklich berücksichtigt. Das ist zu erläutern.

Den marxistischen Grundsatz und die weitreichende Auffassung über diese Epoche bei diesem Kriegsgeschehen in der Ukraine herausgestellt zu haben, dass die Ukraine bekanntlich bereit war, sich gegen eine imperialistische Aggression militärisch zur Wehr setzt und sie abzuwehren versucht und welche Stellung das Proletariat zu diesem Krieg einnimmt, damit treten die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" denjenigen entgegen, die vorgeben, als Marxisten-Leninist:innen in der Beurteilung eines solchen Überfalls schablonenhaft und oberflächlich Allgemeines im Kriegsgeschehen wahrzunehmen und diese Beobachtungen mit dem höchstmöglichen Freiheitsgrad des Durchblickertums und unbelastet vom marxistischen Herangehen als angeblich zweifellos gültiges Resultat zu präsentieren. Z.B.: Hier treffen zwei Armeen, die von Regierungen der schwärzesten Reaktion befehligt werden, aufeinander und die eine Seite wird von einer Koalition westlicher Imperialisten gepampert. Ganz platt z.B. in dieser Rücksicht die MLPD in der Rubrik "Leserforum" zu der ukrainischen Seite des von beiden Seiten ungerechten Krieges. Sowohl Russland als auch die Ukraine seien "reaktionäre Kriegsparteien". Begründung für die Ukraine: "Die Regierung der Ukraine führt diesen Krieg keineswegs mit dem Ziel der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes. Sie führt ihn mit dem erklärten Ziel, Teil des imperialistischen NATO/EU-Blocks zu werden. (...) Das ist eine ungerechte Politik, weshalb deren Fortsetzung mit militärischen ungerechter Krieg als eindeutig charakterisiert muss." ("Leserforum", "Rote Fahne" Nr.6, 2022, S.44, Auslassung i.O.) Die Annahme, diese offenbar zutreffende, sich auf die Selenskyj-Regierung beziehende Feststellung beschreibe ausreichend und sei hinreichend dafür, die bewaffnete Abwehr und die Anwendung kriegerischer Mittel gegenüber dem russischen Imperialismus in einem undifferenzierten Rundumschlag im Ganzen als die eine Seite des von beiden Seiten reaktionären, ungerechten Krieges bezeichnen zu können, dokumentiert in Wahrheit ein seltsames, eher bestürzend simplifizierendes, ja oberflächlichstes Herangehen an das Wesen ungerechter und gerechter Kriege seit Ende des 19. Jahrhunderts in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution.

Eine solche Beurteilung des Krieges, die bei der überfallenen Seite eingeengt wird auf die Interessen der herrschenden ukrainischen Bourgeoisie, bedeutet, eine unmarxistische Haltung der Frage gegenüber einzunehmen, welche Rolle und welchen Geltungsbereich das konsequent demokratisch aufgefasste Selbstbestimmungsrecht der Nationen für das internationale Proletariat in dieser Epoche bei den vorbereitenden Schritten zum Sturz des Imperialismus und der Verwirklichung seiner historischen Mission hat. Hier noch zu schweigen darüber, dass mit diesem Fehlurteil in ganz klassischer Weise die Volksmassen für die Politik und die Ziele der Regierenden in der Ukraine in Haftung genommen werden.

In den aktuell grassierenden Veröffentlichungen, Verlautbarungen, Aufrufen usw. werden unter dem Strich Geschehnisse über den Krieg bzw. über den Imperialismus aufgezählt, man bleibt auf der Ebene der Diagnose stecken und bekommt sie nicht zu einem Abschluss, was den Charakter des Krieges angeht. Denn dem ist nur beizukommen, wenn die marxistische These der Verbindung von Politik und Krieg bewusst verbunden wird mit den Interessen des Proletariats auf der Grundlage des Wirkens der Gesetzmäßigkeiten dieser Epoche und der Aufgaben, die diese grundlegend dieser Klasse stellt. Unter geflissentlicher Missachtung der Forderung, konkret zu sein (die Wahrheit ist nun wirklich konkret), wird dem Besonderen und Einzelnen (etwa den Interessen aller beteiligten Klassen) keine Beachtung geschenkt, sie werden übergangen, um kurzerhand als gültig behauptete Erkenntnis einen beidseitig reaktionären, ungerechten Krieg konstatieren zu können. Siehe demgegenüber etwa beispielhaft das oben angeführte Zitat des Kurzen Lehrgangs über gerechte Kriege, in dem zwar die Kriegsziele angegeben werden, die diese charakterisieren, aber das damalige Autorenkollektiv verständlicherweise nicht die jeweiligen Organisatoren benannte, die fähig und willens sind, diese drei Arten gerechter Kriege anzuführen. (Eine Volksfrontregierung, eine Partei der Werktätigen, ein Nationales Revolutionskomitee, das verschiedene Klassen repräsentiert, ein Kriegskabinett usw. usf.) Ob eine Regierung überhaupt in der Lage und willens ist, das Volk im Kampf gegen einen Überfall zu organisieren und zu führen, das erschließt sich erst mit der konkreten Analyse aller beteiligten Klassen, unter allseitiger Berücksichtigung der "Umstände des Einzelfalls", des Zusammenhangs und der Wechselbeziehungen aller konkreten Bedingungen der vorhergegangenen Politik der letzten Jahrzehnte in ihrer tatsächlichen Entwicklung. Nochmal ganz kurz: Der Charakter dieses Krieges ist nicht ansatzweise erkannt mit der Nennung geopolitischer Interessenlagen imperialistischer Großmächte.

Die meisten hiesigen Publikationen seit Beginn dieses Krieges sind freilich voll von Geschichten, die in oberflächlich verstandene Zusammenhänge gestellt werden. Ein imperialistischer Krieg von beiden Seiten? Derart werden diejenigen, die sich in der Ukraine gegen Unterjochungsversuche und die militärische Intervention von Russland wehren, objektiv gleichgesetzt mit der imperialistischen Armee der Russischen Föderation. Das ist der Tenor der allermeisten Gruppen in ihren vorgeblich urteilsfähigen Stellungnahmen, die mit einer Verzerrung der marxistischen These über die Beziehung zwischen Politik und Krieg auskommen, bzw. diese versimpeln und entstellen. Die Versuche der Beschreibung der Ereignisse bedeuten ja noch nicht, den tieferen Zusammenhang erkannt, verstanden und begriffen zu haben. Der wird erst dann vollständiger (viel mehr wird für unsereinen nicht möglich sein, aber der Forderung sollte nach Kräften nachgekommen werden) erschlossen werden mit einer Untersuchungsmethode für dieses Ereignis, das ausdrücklich die eingeengte und dadurch entstellte Analyse für unzulässig erklärt. Der Charakter des gegebenen Krieges, das nochmal hervorgehoben, ist erst wirklich durch die Analyse seines sozialen Gehalts parteilich, d.i. mit dem Bezugssystem der revolutionären Interessen des internationalen Proletariats und des konkreten ökonomischen und politischen Zusammenhangs von Politik und Krieg als Voraussetzung und Basis zu erfassen.

Nachzutragen wäre für 2023, dass dieser wesentliche Zusammenhang von vorangegangener Politik und ausgebrochenem Krieg bestehen bleibt und nicht etwa durch ein Friedensabkommen, zwischen den kriegsführenden Mächten gestört oder außer Kraft gesetzt wird. Lenin: "Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik der Friedenszeit, der Frieden ist die Fortsetzung der Politik des Krieges." (Lenin, "Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus",1917, LW 23, S.196) Die Richtigkeit dieser Feststellung belegt die Geschichte brutal anschaulich. Wenn es eine militärische Antwort auf den Überfall gibt und dieser nicht anders verhindert und abgewehrt werden kann, bleibt es weiterhin propagandistische Pflicht, darüber aufzuklären, dass es einen dauerhaften und demokratischen Frieden nur mit dem Sturz der herrschenden Ausbeuterklassen geben wird.



Es ist der russische Imperialismus, der Aggressor, der mit seiner militärischen Intervention und den Eroberungsversuchen gar nicht anders kann als

auf Grund des Wirkens der gesetzmäßigen Widersprüche dieser Epoche, die diese zum letzten Stadium des Kapitalismus macht, als seine Einflussspähren zu verteidigen, um bei der immer wieder anstehenden Neuaufteilung der Welt für Raub etc. pp. nicht zu kurz zu kommen. Es ist eine imperialistische Großmacht, die gewissermaßen jetzt gezwungen ist zu überfallen, wenn sie nicht von den gegenüberstehenden imperialistischen Großmächten zurückgedrängt werden will bis hin zu einem Regime-change usw. Unter solchen Bedingungen muss sie sich deshalb eine Beute, d.i. hier und jetzt Teile der Ukraine (Stand September 2023) sichern. Die Aggression und Intervention seitens des russischen Imperialismus ist in den historischen Zusammenhang gestellt und ungeachtet von gegebenen oder erfundenen Vorwänden von seiner Seite aus ein imperialistischer Akt, von Seiten des russischen Imperialismus ein Eroberungskrieg. (Im April letzten Jahres schien den unbedarften Beobachter:innen die Kriegsführung der Russischen Föderation auf völlige Unterwerfung und Besetzung der Ukraine gerichtet zu sein. Das war wohl ein Eindruck, der sich bis jetzt nicht bestätigt.)

Das Flugblatt skizziert knapp den Revanchismus des russischen Imperialismus, der zu der alten Größe des russischen Sozialimperialismus 1990 zurückfinden will. Und das macht es anschaulich. Auch wenn die russischen Imperialisten darauf zeigen, dass sie als eigentlich doch Friedliebende die russischsprachige Bevölkerung im Osten und Südosten der Ukraine, die fraglos mal mehr mal weniger, aber immer blutig und kombiniert mit Pogromen, seit 2014 von den Herrschenden in der Ukraine unterdrückt wurde, beschützen wollen, so ist die gegenwärtige Aggression eine Fortsetzung der Politik der letzten 30-jährigen Aktivitäten der dort jetzt herrschenden Klasse der Russischen Föderation und somit Teil seiner imperialistischen, seiner revanchistischen Politik mit bewaffneten Mitteln. Anders gesagt: Auch wenn der russische Imperialismus nunmehr behauptet, es gehe um die Verteidigung von Russlands neuen Gebieten, auch entsprechende Volksabstimmungen seien regulär durchgeführt, so steht das "Verlangen", der "Drang" nach neuen Gebieten in der blutigen Tradition des früheren Sozialimperialismus auf der Grundlage des von Stalin formulierten ökonomischen Grundgesetzes des Imperialismus wie ebenso die gegenwärtige Politik etwa der USA mit ihren westlichen Verbündeten inklusive unseres Hauptfeindes bis heute. Die imperialistischen Großmächte werden nicht zu stoppen sein, bis dieses Stadium der Epoche von allen Ausgebeuteten und Unterdrückten auch subjektiv zum Vorabend der sozialistischen Revolution gemacht worden ist. Erforderliche Voraussetzung dafür bleibt, dass sie über die Bedingungen der Befreiung ihrer Klasse hinreichend aufgeklärt sind und revolutionäre Erfahrungen im

Kampf (mit zeitweiligen Siegen und Niederlagen) gemacht haben, sodass die kommende revolutionäre Situation den Sieg des Sozialismus überhaupt ermöglichen kann.

Wendet man die marxistische These des Zusammenhangs zwischen Krieg und Politik auf die Handlungen aller beteiligten Länder und hier speziell auf die herrschende Klasse der Ukraine der letzten 30 Jahre an, berücksichtigt man die historisch-ökonomischen Bedingungen, die diesen Krieg als Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der Gewalt hervorgerufen haben, welches die Kriegsziele sind, so muss man schlicht und einfach zur Kenntnis nehmen: Die Lage der Herrschenden der Ukraine kann man als nahezu erbärmlich und abgewirtschaftet bezeichnen, was die ungeheure Bereicherung und ungenierte Korruption der Bourgeoisie einschließt. Das Land wird seit 2014 wie in einer Art Schlussverkauf an die westlichen Imperialisten, speziell auch an Deutschland ausverkauft. Die Ukraine steckt bis über die Ohren in Schulden, sie wird mit jeder "Militärhilfe" noch abhängiger und wartet sehnlichst auf den Finanzstrom des geplanten "Marshallplans" für den Wiederaufbau. Dieser Krieg ist ein Geschäft von Milliarden und Abermilliarden Dollars und Euros der westlichen Imperialisten und zu den Hauptprofiteuren gehört die Industrie des deutschen Imperialismus. Kurz: Die Ukraine bzw. die herrschende Bourgeoisie mit ihrer Selenskyj-Regierung ist als die eine Seite dieses Krieges gegenwärtig überhaupt nicht in der militärischen Lage, einen Krieg (noch keinen — es gibt keine einzige Erscheinung, die nicht unter anderen Bedingungen in ihr Gegenteil umschlagen könnte) für die Neuaufteilung von Territorium und Einflussgebiet, sie kann keinen Kampf um Monopolbesitz über Rohstoffquellen führen, der von irgendeiner korrupten Finanzgruppe in der Ukraine vorangetrieben würde. Gegenwärtig wird mit diesem Krieg von Seiten dieser Regierung nicht der Appetit einer Räuberbande in Richtung Russische Föderation befriedigt.

Das gegenwärtige Regime führt gegenwärtig keinen Eroberungskrieg, keinen ungerechten Krieg entsprechend der vom *Kurzen Lehrgang* genannten Kriegsziele. (Siehe S.49 dieses Heftes.) Die herrschende Ukraine-Bourgeoisie wehrt sich gegen den Überfall, will die annektierten Gebiete von Russland zurückerobern und duldet weder Autonomie noch Lostrennung. Sie kämpft (gegenwärtig) keinesfalls um Einfluss nach Osten über die angestammten Grenzen von vor 30 Jahren hinaus, alle militärischen Operationen nach Osten zielen nicht ab auf Eroberungen, auf Gebietsgewinne auf Kosten des Staatsgebiets Russlands und/oder einer Erweiterung des Einflussgebiets nach Osten. Die Abwehr des Aggressors auf der einen Seite dient auf der anderen dazu, willig dem Westen die Souveränität und Un-

abhängigkeit verkaufen zu können und dieses mit der offiziellen und bitte raschen Einverleibung in EU und NATO zu zementieren. Der Preis ist: Die kleine besser: schwache Ukraine wird für den Versuch benutzt, die imperialistische Großmacht Russland zu erschöpfen. Ein imperialistischer Krieg von Seiten der jetzigen ukrainischen Bourgeoise, auch wenn sie mit Waffen und Finanzhilfen zugeschüttet wird, ginge anders.

Das völlige Unverständnis der "Expert:innen für Marxismus-Leninismus", und das ist bemerkenswert, ist allerdings erheblich und bezeichnend. Auch in Rücksicht darauf, dass die drangsalierte Ukraine, die eben nicht die Absicht hat (noch nicht), Teile von Russland zu annektieren und sich nicht imperialistisch aufführen kann, sich Hilfe von anderen Ländern holt, am effektivsten von den anderen imperialistischen Großmächten, (Neusprech: konkurrierenden Weltmächten), von solchen, die den Rivalen Russland im Kampf für die Neuaufteilung der Welt langfristig außer Gefecht setzen wollen. Dass die Bündnispartner die Waffen und die Ukraine die Toten liefern sollen, macht mit dieser "Arbeitsteilung" deutlich, dass es nicht zwei bis an die Zähne bewaffnete militärische Lager in den Schützengräben sind, die aufeinanderprallen, um dem Gegenüber im Kräftemessen seine Absatzmärkte, Rohstoffe, Einflussspähren streitig zu machen, sondern es sich von der einen Seite um einen Eroberungskrieg, von der anderen Seite — auch wenn man das weltweite Ringen der imperialistischen Großmächte im Vorder- und Hintergrund in Rechnung stellt — um eine Verteidigung des Staatsgebietes eines kleinen, ökonomisch, politisch, militärisch schwachen Staates handelt, um die Abwehr eines Überfalls.

Solche Fragen wie die des Selbstbestimmungsrechts, von Unabhängigkeit und Selbstständigkeit eines Landes sind, wie oben schon darauf hingewiesen, Klassenfragen unter den je gegebenen historischen Bedingungen, jetzt der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Es liegt auf der Hand, dass es nicht die Sache der ukrainischen Bourgeoisie ist, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Ukraine zu verteidigen. Die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" verweisen darauf, dass in dieser Epoche der Kampf zum Schutz bzw. zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts als allgemein-demokratische Forderung Sache des klassenbewussten Proletariats ist und so aufgefasst und vertreten wird, dass dieses Recht und seine Verteidigung nicht nur konsequent demokratisch vertreten wird, sondern unbedingt verknüpft werden muss mit den grundlegenden Aufgaben dieser Epoche, d.h. in den Zusammenhang gestellt mit einer Linie, die Schritte zur Vorbereitung des Sturzes der Ausbeuterklassen verfolgt. (Siehe S.50 dieses Heftes.) Und weiterhin, dass die militärische Abwehr gegen einen Überfall zu verknüpfen ist mit der Befreiung und internationalistischen Solidarität der Arbeiter/innen aller Länder. Hier in Ergänzung dieser Aussagen des Flugblatts nochmal Lenin: "Wir sind für demokratische Forderungen, wir allein kämpfen für sie ohne Heuchelei; denn die objektive historische Lage gestattet nicht, sie ohne Zusammenhang mit der sozialistischen Revolution zu stellen." (Lenin, "Über das «Friedensprogramm»", 1916, LW 22, S.167)

Das Flugblatt belegt eindrucksvoll unter Bezug auf die Lehren der Klassiker, dass der Kampf für Selbstbestimmung, für Selbstständigkeit und Unabhängigkeit vom internationalen Proletariat als Vertreter des konsequenten Demokratismus befürwortet/unterstützt/geführt wird, als Teil eines Kampfes für die proletarische Sache und ihr untergeordnet. (S.2 des Flugblattes, S.48 dieses Heftes) Die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts bedeutet einen Kampf gegen jedwede Privilegien anderer Nationen, Völker oder Staaten, die sich Vor- und Sonderrechte gegenüber anderen herausnehmen. (Das gilt auch gleichermaßen in Bezug auf die Rechte der nationalen Minderheiten in einem Land.) Das alles widerspricht der Klassennatur der Bourgeoisie zutiefst. Der konsequent demokratische Inhalt dieses Kampfes tritt zu Tage nicht nur in dem Unabhängigkeitswillen, sondern ebenso in dem Unterbinden jeglichen nationalen Haders/Hasses unter den Proletarier:innen der verschiedenen Länder, sein Inhalt wird augenfällig in dem Kampf gegen nationales Misstrauen, gegen den Sumpf von Nationalismus und Chauvinismus, alles eine zutiefst reaktionäre bürgerliche Politik, die den Klassenkampf verdunkelt und hemmt. Bei der Abwehr der imperialistischen Intervention bleibt es erforderlich, auch in Bezug auf die weitergehenden Klassenziele des Proletariats, einen Trennungsstrich zur Herrschaft der Bourgeoisie zu ziehen, d.h. Entlarvung des feindlichen Klassencharakters und der Heuchelei der Bourgeoisie als Klasse, nicht zu vergessen die Aufdeckung ihrer Bereicherung durch den Krieg ("Krieg macht fett"). Bei der militärischen Abwehr dieses Eroberungsversuchs durch den russischen Imperialismus geht es auf jeden Fall darum, propagandistisch in der Armee und außerhalb den Gegensatz zu der einheimischen hinterhältigen, korrupten herrschenden Bourgeoisie herauszustellen, der überhaupt nicht daran gelegen sein kann, das Misstrauen zwischen den Proletariern der beteiligten Länder zu beheben und einen Beitrag zur internationalen Vereinigung der Proletarier:innen zu leisten. Im Gegenteil, diese Bourgeoisie und diese Regierung suhlen sich in grässlichstem Nationalismus gegenüber allem, was sie für irgendwie "russisch" halten.

Der Inhalt des militärischen Abwehrkampfes gegen eine Annexion des Staatsgebietes zur Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts usw. hat somit folgerichtig hauptsächlich negativen Charakter entsprechend dem

Kurzen Lehrgang: Es ist die Abwehr des Überfalls und die Verteidigung des Volkes gegen die Aggression. Dieser Krieg ist entsprechend zu verbinden mit der Entlarvung der Absichten und Zielsetzung der betroffenen herrschenden Klasse, den Zusammenschluss des Proletariats zur Verwirklichung der gemeinsamen Klasseninteressen und seiner internationalistischen Aufgaben zu sabotieren und Misstrauen und Feindschaft zu säen, was einen propagandistischen und praktischen Kampf gegen den Nationalismus (gesteigert bis hin zu dem absurdesten Chauvinismus) verpflichtend macht. Nur auf diese Weise, so die Genoss:innen von "Kämpfen lernen", wird der Kampf gegen den Überfall, zur Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der proletarischen Sache wirklich untergeordnet. (Siehe S.2 des Flugblatts, S.48 dieses Heftes.) Wir sehen das genauso. Denn: "Die Interessen der Arbeiterklasse und ihres Kampfes gegen den Kapitalismus erfordern volle Solidarität und unlösbare Einheit der Arbeiter aller Nationen, sie erfordern Gegenwehr gegen die nationalistische Politik der Bourgeoisie, welcher Nationalität sie auch sei." (Lenin, "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1914, LW 20, S.428)

Alle diese Aufgaben, mit denen das klassenbewusste Proletariat der Ukraine zusammen mit den Werktätigen konfrontiert sind, nehmen Gestalt an und werden in der Massenbewegung verwirklicht, mehr oder weniger den Bedingungen entsprechend, wenn nicht jetzt, dann irgendwann später, jedenfalls nicht dadurch, dass man das in Flugblättern behauptet, sondern als Ergebnis der vielschichtigen Erscheinungen, Seiten, Züge, Merkmale und Folgen dieses Verteidigungskrieges — im Prozess des Bewusstwerdens unter Anleitung des klassenbewussten Proletariats und der dortigen Marxist:innen-Leninist:innen, unterstützt von den wahrhaft proletarisch-internationalistischen Kräften weltweit.

Wahr bleibt freilich ebenso, dass man nicht mit Universalantworten weiterkommt, sondern allein mit der konkreten Analyse der konkreten Situation vom Standpunkt der Interessen des internationalen Proletariats angesichts der Politik, die zum jeweiligen Krieg geführt hat, was das Flugblatt klug feststellt. (S.1 des Flugblatts, S.46 dieses Heftes) Unterstrichen dabei werden muss, dass der Kampf für Selbstbestimmung auch als konsequent demokratisch geführter Kampf unter bestimmten Bedingungen von der proletarischen Revolution ablenken kann: "Die einzelnen Forderungen der Demokratie, darunter das Selbstbestimmungsrecht, sind nichts Absolutes, sondern ein kleiner Teil der allgemein-demokratischen (jetzt: allgemein-sozialistischen) Weltbewegung. Es ist möglich, dass in einzelnen konkreten Fällen der Teil dem Ganzen widerspricht, dann muss

man den Teil verwerfen." (Lenin, "Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung", 1916, LW 22, S.348; siehe auch S.48—S.49 dieses Heftes.) Ein Krieg, ein reaktionärer wie auch ein gerechter Krieg, wenn sie einmal ausgebrochen sind, sind einzuordnen (wie alle Forderungen der Demokratie) in die Resultate der Gesamtbilanz des Kampfes gegen den Imperialismus vom Standpunkt der proletarischen Weltrevolution, d.h. in Entsprechung mit den Interessen des internationalen Proletariats.



Wer allerdings entfernt von der objektiven Wirklichkeit an diesen Konflikt mit dem Ergebnis der Einschätzung eines imperialistischen Krieges von beiden Seiten herangeht, der wird auch sozusagen zwangsläufig zu dieser folgenden Unterschiebung gelangen, weil man dem Geschwätz von der "völkerrechtswidrigen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts" oder auch "Selbstbestimmungsrecht ist ja nur bürgerliches Völkerrecht" nichts entgegensetzen kann, außer, dass es sich hier um einen sog. Nebenwiderspruch o.ä. handele. Welche Unterschiebung? Dass mit dem Kampf gegen die Annektionsversuche und Abwehr der Eroberungsgelüste, bei Gefahr der Ausweitung auf weiteren Gebietsraub, mit der Ausweitung des Widerstandes des Proletariats und der anderen Werktätigen der Ukraine ein Schulterschluss des Proletariats mit seinen Unterdrückern gutgeheißen, eine Klassenzusammenarbeit mit dieser dort herrschenden durch und durch schwärzesten reaktionären Bourgeoisie vorbereitet, in die Wege geleitet oder schon ins Leben gerufen und begründet worden wäre. In Wahrheit belegt diese Sichtweise, dass die Urheber der Anklage der Klassenzusammenarbeit selbst keine wirkliche Analyse des sozialen Inhalts dieses Krieges haben; sie sind nicht bereit, als Richtschnur die Interessen des internationalen Proletariats in Verknüpfung mit den grundlegenden revolutionären Aufgaben dieser Epoche unter den gegebenen konkreten Bedingungen anzulegen. Zudem im Besonderen dabei nicht die Stellung und unterschiedlichen Aufgaben des klassenbewussten Proletariats der kriegsführenden Länder zu berücksichtigen, was die konsequent demokratisch aufgefasste Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts anbelangt, woran, nochmal daran erinnert, nur die Klasse des Proletariats Interesse haben kann — in Verbindung mit Schritten, die im weiteren Verlauf der Vorbereitung zum revolutionären Sturz gerade dieser Bourgeoisien dienen können.

Nun sehen wir allerdings einen Mangel des Flugblatts darin, dass nicht unmissverständlich aufgedröselt und eingehender erläutert wurde, dass die herrschende ukrainische Bourgeoisie zwar im Munde führt, sie würde das Selbstbestimmungsrecht verteidigen, wie es auch in Deutschland tagaus tagein in der Kriegspropaganda hier herumtrompetet wird. (Siehe S.2 des Flugblatts, S.49 dieses Heftes.) Völlig richtig und treffend im Flugblatt: Es zeigt den "unzweifelhaften reaktionären Charakter des Selenskyj-Regimes" auf. (Ebd.) Ihre zutiefst bürgerliche Auslegung des Selbstbestimmungsrechts, weil reaktionär auf der ganzen Linie, ist schlicht vereinbar mit brutalster Unterdrückung des eigenen Volkes bzw. eines Teils davon und dem abstoßendsten Nationalismus. Man hätte ausdrücklich/klar und deutlich bemerken können: Diese Bourgeoisie in der Ukraine führt keineswegs einen gerechten Kampf, dem "Kurzen Lehrgang" folgend, und der Zweck, den die Regierung mit ihrer Politik verfolgt, ist in keinem Fall der eines gerechten Krieges, der erfordert, "das Volk gegen einen äußeren Überfall und Unterjochungsversuche zu verteidigen".

Sollen sich die blutbesudelten Banditen, Mörder und Schlächter (blutige Pogrome an Russischsprachigen, seit 2014 Bombardierung und bis zum Kriegsbeginn täglicher Artilleriebeschuss des Ostens, Verweigerung der Autonomie für Minderheiten usw. usf.) kurz die schwärzeste (korrupteste) Reaktion, unter ihnen ausgewiesene Faschisten und Kommunistenhasser, doch auf das Selbstbestimmungsrecht berufen! Sollen sie doch das Staatsgebiet der Ukraine verteidigen wollen! Es geht den Marxist-Leninist:innen und dem klassenbewussten Proletariat nicht darum, dass diese Regierung auf die Aggression des russischen Imperialismus militärisch antwortet. Es geht ihnen darum, dass ihr wirkliches, ihr praktiziertes Verständnis von Unabhängigkeit und Selbständigkeit, vom Selbstbestimmungsrecht in den angewendeten Mitteln der letzten Jahrzehnte zu Tage tritt (inklusive ihrer Bereicherung und der ausgeübten Korruption) und unzweideutig klarmacht, dass die Aktivitäten der herrschende Banditenklasse und ihrer Regierung keinesfalls den Zweck verfolgen und nicht das Ziel haben können, das Volk in einem gerechten Krieg (gerecht, d.h. Abwehr eines Überfalls und Kampf gegen die Gefahr der Besatzung!) zu verteidigen, der mit dem Standpunkt der grundlegenden Interessen des Proletariats zu vereinbaren wäre.

Man könnte spätestens seit Engels' Ausführung wissen: "Entweder heiligt der Zweck das Mittel, oder der Schluss von der Schlechtigkeit des Mittels auf die Schlechtigkeit des Zwecks ist ganz gerechtfertigt." ("Die Lage der arbeitenden Klasse in England", MEW 2, S.400) Denn der Zweck, sein Inhalt, seine zu realisierende Gestalt tritt zu Tage in der Wahl des Mittels, die den Klasseninteressen dienen. So verhält es sich ebenso bei

dieser Regierung von Halunken, von Banderaanhängern und ähnlichem Gesindel und ihren angewendeten Mitteln zur Verteidigung und Bewahrung des mit heuchlerischen Krokodilstränen so lauthals eingeforderten Selbstbestimmungsrechts. Welche Politik und andere "Ausführungsbestimmungen" sie tatsächlich befolgen, macht die Praxis deutlich. Wo sie sich doch, wie erwähnt, seit 2014 als Würger und Schlächter gegenüber einem Teil des Volkes, den Bevölkerungsteilen im Osten und Südosten der Ukraine, im Donbass oder andernorts, die nach Russland streben oder auch innerhalb der Grenzen der Ukraine ihre Besonderheiten bewahren wollten (wie bspw. die russische Sprache), ökonomisch, politisch, kulturell und militärisch als brutale und unnachsichtige Unterdrücker aufgeführt haben, zur blutigen Unterjochung (ein Ausdruck, der hier passt) und Beraubung eben dieses demokratischen Rechts auf Selbstbestimmung bis hin zur Verweigerung der Lostrennung für diesen Teil der Bevölkerung. Dies kombiniert mit kleinen oder größeren Pogromen, bspw. in Odessa und in Korsun 2014 zur Untermauerung und Bekräftigung der Ablehnung der damals geforderten Autonomie und begleitet von einer Welle des entfesselten Nationalismus gegenüber allem angeblich Russischem. Das Selbstbestimmungsrecht wird der Minderheit im Osten und Südosten der Ukraine nach wie vor energisch verweigert und auf ihr wird mit allen verfügbaren Mitteln herumzutrampeln versucht. Seit wann bestimmt die nationale Mehrheit eines Landes darüber, ob sich eine Minderheit loslösen darf; seit wann entscheidet die Mehrheit eines Landes darüber, ob es der Minderheit in diesem Land erlaubt ist, Autonomie zu beanspruchen oder die politische Lostrennung?

Eine solche Regierung der herrschenden ukrainischen Bourgeoisie mit diesen Figuren an der Spitze verfolgt mit ihrem Krieg sichtlich ganz andere Zwecke, als das Volk gegen Eroberungen zu verteidigen. Sie ist mit ihrer Klassenlogik vor allem dazu da, sich zu bereichern, alles daranzusetzen und sich damit zu beschäftigen, die Souveränität des Landes nicht nur ökonomisch, sondern ebenso politisch vollends in die Hände der EU und als Kanonenfutter für die Ziele der NATO bzw. der westlichen imperialistischen Großmächte zu legen. Anders gesagt: Diese Politik, ihre Zielsetzung und diese ausdrücklichen Klasseninteressen sind tatsächlich objektiv nicht (subjektiv schon gar nicht) auf die Verteidigung des Volkes gegen die Verletzung von Unabhängigkeit und Selbständigkeit, die sich den Privilegien der imperialistischen Großmächte entgegenstellt, ausgelegt. Sondern darauf, die günstige Gelegenheit bei der Abwehr des kriegerischen Imperialismus zu nutzen, das Selbstbestimmungsrecht, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit folgsam den westlichen imperialistischen Großmächten auf dem Tablett zu servieren, weil unermessliche Gewinne winken, und auch

dem deutschen Imperialismus läuft jetzt schon das Wasser im Munde zusammen. (Siehe der geplante "Marshall-Plan" für die Ukraine.) Diese heuchlerisch die Fahne der Selbstbestimmung schwingende Bourgeoisie ist kräftig bemüht, das Land, "die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars" (Stalin, "Rede auf dem XIX. Parteitag der KPDSU", 1952, sog. "SW 15", S.394) zu verkaufen, gerade auch jetzt während des Krieges. Die Abwehr des Überfalls von Seiten der Russischen Föderation ist sozusagen der Rauchvorhang von Blendgranaten und Nebelkerzen, die Rechte und die Unabhängigkeit der Ukraine an die westlichen imperialistischen Großmächte zu verscherbeln. Nochmal: Es ist nicht diese Bourgeoisie, nicht diese ihre Regierung, die daran interessiert und fähig wäre, das Volk für einen gerechten Krieg zu mobilisieren und zu organisieren, der dem wohl verstandenen Interesse des Proletariats dienlich wäre und zu Recht als Befreiungskrieg bezeichnet werden könnte.

Die Interessen des Proletariats der Ukraine wie auch des internationalen Proletariats überhaupt sind von der Ausgangslage bis hin zu den Klassenzielen denen der Bourgeoisie (sowohl der ukrainischen als auch der des russischen Imperialismus) diametral entgegengesetzt — ein antagonistischer Widerspruch. Es gibt mit dem Proletariat und den anderen Werktätigen im Lande nicht mal einen gemeinsamen Inhalt in dem Etappenziel: diesen Imperialismus aus dem Land zu vertreiben. Denn das Proletariat der Ukraine wird dann unverzüglich dafür eintreten, das demokratische Recht etwa für die Bevölkerung im Osten und Südosten der Ukraine, selbstständig über ihren Status entscheiden können, zu verwirklichen; jedes andere Vorgehen bedeutete, eine Annexion zu befürworten, das heißt "die Angliederung eines Landes gegen den Willen seiner Bewohner" (Lenin, "Zweite Internationale Sozialistische Konferenz in Kienthal — Ursprüngliche Variante der Vorschläge des ZK der SDAPR", 1916, LW 41, S.380); das Proletariat der Ukraine wird sich dafür einsetzen, dass es dann absolut keine Privilegien mehr für die Mehrheit der Ukrainer:innen gibt; dass das Misstrauen unter den Proletariern und Proletarierinnen der verschiedenen Regionen beseitigt wird, ebenfalls gegenüber denen der Russischen Föderation. Letzteres bleibt eine der wichtigsten und dringlichsten Obliegenheiten der proletarischen Solidarität. Der Klassenkampf gegen die herrschende Klasse würde Auftrieb bekommen.

Und wenn das nicht schon genügend Argumente dafür sind, dass vom Standpunkt des Proletariats die ukrainische Bourgeoisie keinen gerechten Krieg führt, d.h. keinen, der dem Proletariat dienlich ist: Überdies hat die jetzige Bourgeoisie nichts unversucht gelassen — nach einem Machtkampf vor einem Jahrzehnt —, indem sie sich den westlichen Imperialisten aus-

lieferte, den russischen Imperialismus wieder und wieder zu provozieren bzw. Vorwände für seine Aggression zu liefern. Dadurch haben diese Selenskyjs und Co. kräftig dazu beigetragen, dass die Werktätigen der Ukraine sich gegenwärtig militärisch gegen den russischen Imperialismus als Eindringling verteidigen und bluten müssen.

Ergebnis: Auch wenn darüber noch einige Worte von den Genoss:innen von "Kämpfen lernen" wünschenswert gewesen wären. Diese Charakterisierung der ukrainischen Bourgeoisie, so sehen wir das, hätte im Flugblatt deutlicher und ausführlicher erklärt werden können, aber dieser Mangel berührt keineswegs die grundsätzlich richtige Linie dieses Flugblatt zur Abwehr des Überfalls und zur Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts in der konsequent demokratischen Bedeutung durch das Proletariat und die anderen Werktätigen der Ukraine. Was die klassenbewussten Proletarier:innen bekämpfen, so es dem Klassenkampf und dem Kampf zum Sturz der eigenen herrschenden Klasse schadet, überdies Nationalhass schürt, ist, dass es doch keiner Großmacht gestattet sein darf, andere Länder (inkl. deren Bourgeoisie!) zu überfallen, und die Marxisten-Leninist:innen dann prüfen müssen, inwieweit sie dem revolutionären Interesse Geltung verschaffen können. Sie wissen, dass in dieser Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution als letztes Stadium des Kapitalismus alle objektiven Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus geschaffen sind. Das klassenbewusste Proletariat, das an dem Widerstand gegen den Überfall teilnimmt, propagiert die internationale Solidarität, den Zusammenschluss der Proletarier:innen auf der ganzen Welt, entlarvt die Machinationen der ukrainischen Bourgeoisie mit Selenskyj als Repräsentant, kritisiert den verbreiteten Sumpf des Nationalismus und tut alles, um die Frage der Beendigung dieses jetzigen Krieges und die jetzige Krise in Verknüpfung mit ideologischen, politischen, organisatorischen Schritten vorwärts zur Entfaltung von revolutionären Massenbewegungen und zum Sturz dieser herrschenden Klasse zu stellen.

Es kann nur nochmal wiederholt werden: Neusprech: "Es kann doch nicht sein", dass eine imperialistische Großmacht mit dem Verlangen, ihren Einflussbereich zu vergrößern, ein kleines Land überfallen kann, und dann von Leuten, die sich revolutionär wähnen, herumposaunt wird: Da schlagen sich nur zwei reaktionäre Kriegsparteien. Jedenfalls von Standpunkt des Proletariats soll der russische Imperialismus nicht damit durchkommen, das Selbstbestimmungsrecht kleinerer/schwächerer Länder mit Füßen zu treten und damit auch die Herstellung eines kämpferischen Bündnisses des Proletariats der kriegsführenden Länder zu sabotieren versuchen. Die Bemerkung ist derart noch zu vervollständigen und dies zu unterstreichen:

Das Proletariat weigert sich ebenfalls, die Bourgeoisie der Ukraine mit ihren Kriegszielen und ihrer Instrumentalisierung im Kampf der westlichen imperialistischen Großmächte gegen die Russische Föderation zu unterstützen. Denn diese charakterisieren absolut nicht einen gerechten Befreiungskrieg und sind beileibe nicht im wohl verstandenen Interesse des Volkes. Es bleibt darüber hinaus mit Blick auf das Proletariat und die anderen Werktätigen der Russischen Föderation, nochmal eindringlich an die Wahrheit zu erinnern, die Lenin, wie schon oben angeführt, zitiert: "Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren." (Vgl. Engels, "Flüchtlingsliteratur, I Eine polnische Proklamation", MEW 18, S.527.) Das muss es doch einsehen. Und weiter Lenin: "Ein Proletariat, das sich auch nur mit dem kleinsten Gewaltakt «seiner» Nation gegen andere Nationen abfindet, kann nicht sozialistisch sein." (Vgl. S.2 des Flugblatts, S.8 und S.48 dieses Heftes.) Die Richtigkeit dieser allgemeine Wahrheit beanspruchenden Feststellung bestätigt sich auch heute allenthalben, wohin man auch immer blickt. (Dass das Proletariat im Osten und Südosten der Ukraine in dieser Hinsicht besonders herausgefordert ist, soll an dieser Stelle nur angesprochen werden.)

Die internationale Einheit der Arbeiter:innen aller Länder wird geschwächt oder untergraben, wenn ein Land sich das Vorrecht herausnimmt, ein anderes zu überfallen, unter welchem Vorwand auch immer und dieses Vorhaben auch durchführt und die Proletarier:innen für den Überfall eines Landes benutzt und ans Messer liefert. Das Flugblatt legt klar und deutlich dar, dass — so herangegangen — der Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung den gemeinsamen Interessen des internationalen Proletariats und den Interessen des Sozialismus entspricht. Das Flugblatt haut allen besserwisserischen "Kriegsexperten" die bereits genannte Feststellung Lenins um die Ohren, die sich gegen alle die Opportunisten richtete, die dieses Recht nicht verteidigen wollten, speziell diejenigen eines unterdrückenden Landes: "Darum ist der Kampf für die internationale sozialistische Revolution gegen den Imperialismus unmöglich ohne Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen." (Siehe S.2 des Flugblatts, S.8 und S.48 des Heftes.) Ganz schlicht, schnörkellos Marx über die von der I. Internationale angestrebte auswärtige Politik des Proletariats: "Die einfachen Gesetze der Sittlichkeit und Gerechtigkeit, die die Beziehungen zwischen Privatleuten regieren sollen, müssen auch Geltung erhalten als die obersten Gesetze im Verkehr zwischen Völkern." (Marx, "Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg", MEW 17, S.3) Woraus folgt, dass das Proletariat, dessen Land überfallen und von Besatzung bedroht wird, unter den entsprechenden historischen Bedingungen tatsächlich einen gerechten Abwehrkampf führen kann, so, wie ihn der *Kurze Lehrgang* auffasst; dass es sich gegen die Aggression wehrt im Bewusstsein der Bedeutung der Interessen des internationalen Proletariats; dass es sich bewusst den Intrigen und dem Betrug der sie in diesem Kampf für "Freiheit" "selbstlos" unterstützenden imperialistischen Mächte entgegenstellt; dass es erkannt hat, welches geschichtliche Gewicht die Verfechtung des konsequent demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Nationen im Kampf für den Sieg der Sozialismus in allen Ländern und danach für das freiwillige Zusammenwirken der Nationen hat. In besonderer Weise sind hierbei die Marxisten-Leninistinnen der unterdrückenden Länder gefordert, den Proletarier:innen ihres Landes eben dieses bewusst zu machen, sonst outen sie sich als Chauvinisten.

Der bewaffnete Widerstand ist objektiv (unterstrichen: <u>unabhängig vom gegenwärtigen Bewusstsein der Teilnehmer:innen</u>) von Seiten des Proletariats und der Werktätigen der Ukraine dem Wesen nach ein gerechter Befreiungskampf gegen Eroberungsversuche, zur Abwehr von Annektionsversuchen und von drohender Besatzung, wie die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" das einleuchtend und überzeugend nachweisen konnten. Es bleibt wesentlich die Aufgabe der Marxisten-Leninist:innen in der Ukraine, dem Proletariat dort die historischen Anforderungen, die die gegenwärtigen Bedingungen stellen, und die geschichtliche Bedeutung ihres Tuns für die Verwirklichung seiner historischen Mission bewusst zu machen.

In Anbetracht der hierzulande vorherrschenden Strömung ("ein von beiden Seiten imperialistischer Krieg") nochmal: Die konsequent demokratische, internationalistische Auslegung des Selbstbestimmungsrechts gegen einen kriegerischen Überfall entspricht den Klasseninteressen des Proletariats (insoweit entsprechend eingeordnet in eine Gesamtbilanz des Kampfes zur Zerschlagung des Imperialismus überhaupt und nicht isoliert und einseitig betrachtet), dessen Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus die volle Solidarität und unlösbare Einheit der Arbeiter:innen aller Nationen und Länder verlangt —. geleitet von der immer aktuellen und wissenschaftlichen Lehre vom Sieg des Sozialismus in allen Ländern. (Siehe S.2 des Flugblatts, S.48—S.49 dieses Heftes.) Wird ein gerechter Befreiungskrieg geführt, dann geht es nicht allein um die Abwehr eines angemaßten Großmachtprivilegs, schwächere Länder zu überfallen, sie ihrer politischen Selbständigkeit zu berauben, sie zu erobern, fremde Gebiete zu annektieren, unabhängige Länder in abhängige zu verwandeln usw. Sondern die anstehenden Aufgaben, die nach Maßgabe des konsequenten Demokratismus in dieser Kriegssituation angegangen werden — woran allein das Proletariat

und keine andere Klasse wirkliches Interesse hat — sind unbedingt zu verknüpfen mit den Aufgaben dieser Epoche, in der alle objektiven Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus geschaffen sind, in der das internationale Proletariat Schritt für Schritt dieses letzte Stadium des Kapitalismus schlussendlich mit dem Sieg des Sozialismus auf der ganzen Welt beenden wird. Nur Opportunisten können diesen erforderlichen, notwendigen Zusammenhang beim Kampf gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts mit der Perspektive der Verwirklichung des konsequent demokratisch verstandenen Inhalts nach dem Sturz der Bourgeoisie geflissentlich übergehen und ignorieren.

Hat dieser Krieg von der einen Seite der streitenden Kriegsparteien den Charakter der gerechten Abwehr eines Überfalls, ruft das klassenbewusste Proletariat nicht zu ihrem unmittelbaren Sturz auf. Es wird jedoch bei jeder Gelegenheit ins Gedächtnis rufen, innerhalb und außerhalb der Armee, dass die Klasseninteressen der Arbeiter:innen denen der Kapitalisten direkt entgegengesetzt sind; sie propagiert nicht die Niederlage der Regierung in diesem Krieg, sie propagiert nicht den Bürgerkrieg als unmittelbaren Ausweg aus dem Krieg; denn wir sprechen von einem Befreiungskrieg zur Abwehr der Unterdrückung durch eine Großmacht. Aber hier in der konkreten Lage keinen Schulterschluss des klassenbewussten Proletariats mit den Zielen der jetzt von Russland drangsalierten reaktionären herrschenden Bourgeoisie. Nur Opportunisten können eine Klassenzusammenarbeit bei der Abwehr des russischen Imperialismus befürworten.

Die "Kommunistische Partei der Schweiz (Rote Fraktion)", sich zu den "marxist-leninist-maoist-groups" zählend, ist wirklich nicht ganz bei Trost und behauptet eben das: "Die pro-westliche Fraktion der ukrainischen Großkapitalisten, vertreten vom Kyiv-Regime führt zurzeit diesen nationalen Befreiungskrieg. Die pro-russische Fraktion befürwortet zurzeit volle Kapitulation vor Russland. Auf dieser Grundlage gilt es, Kyiv zu unterstützen." (KP der Schweiz/Rote Fraktion, Anmerkung zur "Gemeinsamen internationalen Erklärung", 2023-02-10, S.1) Der Vorschlag wird begründet mit der Taktik der KP Chinas unter Führung Mao Tsetungs aus der Zeit des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression, um damit ein krasses Beispiel für den verfehlten Gebrauch einer historischen Parallele zu liefern, die sich nachweislich auf einen prinzipiell andersgearteten Fall bezieht. (Vgl. z.B. Miao Chuhuang. und seine "Kurze Geschichte der KP Chinas" von 1956, Dietz Verlag 1960, S.161ff.)

Wir stehen zu diesem in der Hauptsache negativ aufgefassten militärischen Abwehrkampf des Proletariats und der anderen Werktätigen der Ukraine gegen den Überfall, gegen die Aggression und gegen die Annexion von

Teilen des Landes und finden, dass er aktuell objektiv von Seiten des Proletariats ein gerechter Befreiungskrieg ist. Wenn anders als mit einer militärischen Antwort eine Intervention, die grobe Verletzung des Selbstbestimmungsrechts, der Überfall auf kleinere Länder durch imperialistische Großmächte als lokale/regionale Kriege als typische Erscheinung in der gegenwärtigen Epoche als letztes Stadium des Kapitalismus nicht abgewehrt werden können, so kann dieser unter Beachtung der wichtigsten Umstände, insbesondere des sozialen Gehalts dieses Krieges, unserer Auffassung nach vom Standpunkt des Proletariats ein gerechter Befreiungskrieg bereits sein oder werden. Auch dann, wenn es den Interessen imperialistischer "Drittstaaten" entspricht, diesen Kampf von außen zu unterstützen, finanziell, mit Waffenlieferungen o.ä. Für uns wiederum bedeutet es in der jetzigen Situation, dass wir nach unseren Kräften die Ansicht bekämpfen, hier in der Ukraine ginge es um einen imperialistischen Krieg von beiden Seiten. Wir arbeiten dabei auf einer Richtung, die sich abgrenzt von dem imperialistischen verlogenen Geschwätz des deutschen Imperialismus und seiner Geschäftsführung über das verstümmelte, verzerrte Selbstbestimmungsrecht als Funktion zur Verwirklichung seiner imperialistischer Interessen. Wir heben demgegenüber das revolutionäre Interesse des internationalen Proletariats in dieser Frage hervor sowie speziell das der Proletarier:innen aller Länder, die in diesen Krieg jetzt und entsprechend nach seiner Beendigung noch involviert sind. Wir weisen mit Nachdruck auf den Kampf zur Verteidigung/Durchsetzung der demokratischen Auffassung dieses Rechts gegenüber einer imperialistischen militärischen Aggression hin, dieses als wichtige Größe und von nicht zu unterschätzender Tragweite bei der Perspektive der Vorbereitung der sozialistischen Revolution und bei der Realisierung der Aufgaben des proletarischen Internationalismus.

Das, was wir von unserer Seite aus machen können, ist, hier die Einschätzung des Charakters dieses Krieges, so wie vom *Kurzen Lehrgang* formuliert, zu verteidigen, ebenso die Aufgaben des proletarischen Internationalismus. Wir wollen nach Kräften den Hass auf "unseren" Imperialismus und "unsere" Regierung schüren und den grassierenden Chauvinismus bekämpfen. Wir propagieren die Notwendigkeit der Schaffung einer wirklichen marxistisch-leninistischen Partei. (An Behauptungen und Versuchen, dies zu tun, hat es hierzulande nicht gemangelt.) Diese soll entgegen sämtlichen Vorspiegelungen, eine solche aufzubauen/aufgebaut zu haben, zu Recht als Vorhutpartei des Proletariats in ihrer ersten Phase des Aufbaus (mit all den Unzulänglichkeiten) bezeichnet werden können. Was einschließt, dass die Genoss:innen bewusst und permanent sich der Strömung der bürgerlichen Ideologie, besonders der verkappten Form, hier des Op-

portunismus, hier wiederum besonders des Revisionismus erwehren werden.

Um keinen Zweifel an unserer Position aufkommen zu lassen: Was die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts betrifft, wies Lenin auf "die besondere Unentbehrlichkeit dieser Forderung unter der Herrschaft des Imperialismus" hin. ("Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1916, LW 22, S.158) Diese Bedeutung haben wir versucht, deutlich zu machen. Der Kampf gegen eben eine solche Verletzung wie ebenso für die Durchsetzung und für die Verwirklichung dieses Rechts bleiben unbestritten ein Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution, so Lenin: "Die Sozialisten können ihr großes Ziel nicht erreichen, ohne gegen jede Art von nationaler Unterdrückung zu kämpfen" (Lenin, "Sozialismus und Krieg", 1915, LW 21, S.317) Diese Aufgabe, ist, daran ist zu erinnern, als Teil aufzufassen, ist Teil eines Ganzen und bleibt ihm untergeordnet, wie es im Flugblatt (dort siehe S.2 und in diesem Heft S.48-S.49) mit aller Deutlichkeit unterstrichen wird, einzuordnen in die Gesamtbilanz des Kampfes zum Sturz des Imperialismus, d.h. ebenfalls in Entsprechung mit den Interessen des internationalen Proletariats. Zu dem Wichtigen, das ebenfalls wiederholt werden kann, gehört auch, dass das Proletariat der Unterdrückernation erkennen soll, einmal, dass es bei Unterstützung der Ziele der imperialistischen Monopolbourgeoisie seine eigenen Ketten schmiedet, dass es die Abwehr des Überfalls der gegnerischen Seite als gerecht vom Standpunkt des Proletariats anerkennt und das innerhalb und außerhalb der Armee propagiert. Das Proletariat, das sich gegen den Überfall und gegen die Gefahr der Besatzung zur Wehr setzt, anerkennt bewusst den wesentlich negativen Charakter seiner Aufgabe, d.h. ohne sich zum Handlanger "seiner" Bourgeoisie oder anderer imperialistischer Mächte zu machen, und nutzt alle Möglichkeiten, die es gibt, die Massenmobilisierung in dieser Krise nutzbar zu machen, um später die zentrale Aufgabe, den Sturz der eigenen Bourgeoisie, vorzubereiten und zu verwirklichen. Die Massen sind in jedem Falle zum Bewusstsein ihrer Lage und der weiteren anstehenden Aufgaben zu bringen.

Durchdacht und mit überzeugenden Belegen zeigen die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" die Perspektive wirklich demokratischer Kräfte und der Marxisten-Leninisten und Marxistinnen-Leninistinnen in diesem Krieg auf. Diese haben die schwärzeste Ukraine-Reaktion mit ihren faschistischen Strukturen als Feinde im Visier; sie setzen sich gegen den Sumpf des Nationalhasses und gegen das geschürte widerlichste Misstrauen zur Wehr; sie klären organisiert innerhalb und außerhalb der Armee über die gegen-

wärtigen Bedingungen und den gerechten Charakter dieses Kampfes von der Seite des Volkes, nicht jedoch von der Seite der Selenskyjs & Co. auf; sie bringen auch den sie bekämpfenden Klassenbrüdern und –schwestern der Russischen Föderation zu Bewusstsein, wofür dieser Krieg eigentlich begonnen und wofür er geführt wird, und dass es die Bourgeoisie, der gemeinsame Feind, ist, der letztlich gestärkt wird, wenn die Proletarier:innen beider Länder auf einander losgehen und sich gegenseitig hassen, unterstützen sie nach Kräften, soweit sie diesen Krieg ablehnen; sie zeigen das für das Proletariat Selbstverständliche auf, dass etwa die Bevölkerung im Osten und Südosten des Landes dem Recht auf Selbstbestimmung gemäß das macht, was sie und nur sie für angemessen hält, d.h. bis hin zum Recht auf Lostrennung, auch ohne dass diese Entscheidung von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wird.

"Russland raus aus der Ukraine/Deutscher Imperialismus, Hände weg von der Ukraine/Alle Regierungen lügen, heucheln und betrügen"

(2. Auflage, April 2022)

Als Flugblatt zu bestellen bei

Marxistisch-Leninistische Aufbauorganisation

## KÄMPFEN LERNEN

c/o M 99, Falckensteinstr., 10997 Berlin V.i.S.d.P.: P. Silie Karl-Marx-Str. 189, Berlin

**¥** wortmeldung.kl@web.de **∠** 

In dieser Situation, in der alle beteiligten Regierungen als Geschäftsführerinnen der herrschenden Ausbeuterklassen heucheln und lügen und betrügen (siehe die Überschrift des Flugblatts), da dient ebenfalls die falsche Einordnung als ein imperialistischer Krieg von beiden Seiten nicht der Bewusstwerdung der Arbeiter:innen. Das Flugblatt dagegen ist eindeutig von Nutzen und hilft, mit dem marxistischen Herangehen an die Einschätzung des Krieges vom Standpunkt des revolutionären Interesses die Bedingungen für die Entstehung des Konflikts, verknüpft mit der internationalen Politik des Monopolkapitals, besser zu verstehen. Das Flugblatt rückt die Perspektive und die grundlegenden Aufgaben, an deren Erfüllung das klassenbewusste Proletariat interessiert ist, um die sozialistische Revolution vor-

zubereiten, wieder unmissverständlich ins Bewusstsein und macht damit die weitergehenden Aufgaben klar, die ein Befreiungskrieg mit dem Ziel, "das Volk gegen einen äußeren Überfall und Unterjochungsversuche zu verteidigen" dem klassenbewussten Proletariat aller beteiligter kriegsführenden Seiten stellt.



Noch einmal, weshalb dieses Flugblatt vom April letzten Jahres (2. Auflage) so wichtig und stark in seiner Argumentation ist: Mit "Ein-Punkt-Erklärungen" — hier wie dort kämpfen reaktionäre Ausbeuterklassen mit reaktionären Zielen, mit dabei auf der Seite der Ukraine eine antirussische imperialistische Allianz; oder: wehrt man sich gegen den Überfall und bekämpft den Aggressor, dient das nur der herrschenden Bourgeoisie des überfallenen Landes und der schwärzesten ukrainische Bandera-Reaktion — läuft man unweigerlich in die Irre. Denn auf diese Weise können mit einer solchen verkürzten, verzerrten, mangelhaften Analyse des komplexen Sachverhaltes — besonders des sozialen Inhalts des Krieges von den Interessen des internationalen Proletariats her gesehen —, weder sein Charakter noch die notwendigerweise unterschiedliche Taktik (weil unterschiedliche Bedingungen) des Proletariats der kriegsführenden Länder beschrieben werden. Unter dem Strich lässt diese Auffassung nur einen Krieg als gerecht gelten, soweit es um den Sturz der "eigenen" herrschenden Klasse geht oder auch um einen nationalen Befreiungskrieg, der aber von Marxisten-Leninisten (und/oder Leninistinnen) angeführt sein müsse, wo es sich doch sonst um reaktionäre (etwa halbfeudale) Kräfte an der Spitze der Bewegung handele. Außerdem, was einen Überfall auf ein schwaches Land betrifft, seien doch solche militärischen Aktionen nicht zu trennen von dem weltweiten Kampf der verschiedenen imperialistischen Großmächte und ihren Bemühungen zur Vorbereitung der wieder einmal anstehenden Neuaufteilung von Einflusssphären. Derart kommt eine Haltung zum Ausdruck, den ganzen Umfang der Frage rigoros zu schmälern und der Einschätzung eines Krieges überhaupt als Instrument zur Fortsetzung der Politik der herrschenden Klassen mit anderen Mitteln in Rücksicht auf die gegenwärtigen Interessen des internationalen Proletariats nicht gerecht zu werden. Man geht dem konkreten historischen und dem konkreten ökonomischpolitischen Zusammenhang aus dem Wege, ignoriert den Zusammenhang des Kampfes gegen die Verletzung des konsequent demokratischen Selbstbestimmungsrechts für die Verwirklichung des proletarischen Internationalismus, um wieder mal einen von beiden Seiten reaktionären, einen imperialistischen Krieg feststellen zu können.

Die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" treten solchen Versuchen dadurch energisch entgegen, dass sie unmissverständlich den russischen Imperialismus als Aggressor brandmarken, wohingegen die Politik der kriegsführenden Seite der ukrainischen Bourgeoisie weder wie im bürgerlichen Schulbuch als auf Eroberung, Machterweiterung u.ä. ausgerichtet bezeichnet noch wirklich auf die Gier eines wie gearteten ukrainischen Finanzkapitals in Richtung Russlands zurückgeführt wird. Ebenso wenig ist die von ihr befehligte Regierung in den Ring getreten, um für die Neuaufteilung der aufgeteilten Welt gegen andere Großmächte zu kämpfen, um ein Stück davon abzuhaben. Die Ukraine selbst soll Instrument sein und ist in Wahrheit selbst das "Stück", um das gekämpft wird, sie führt (gegenwärtig) nicht, auch nicht mit Hilfe der westlichen imperialistischen Großmächte einen Eroberungskrieg, der das Ziel hat, etwa ein Gebiet der Russischen Föderation zu erobern. Das haben wir so in keiner deutschsprachigen Veröffentlichung gefunden: Die Genoss:innen von "Kämpfen lernen skizzieren die marxistisch-leninistische Linie des Kampfes für das fast überall sträflich missachtete konsequent demokratisch und internationalistisch verstandene Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Länder knapp und präzise und v.a. richtig. Sie verteidigen schlüssig den Marxismus-Leninismus in der Frage des Zusammenhangs und der Unterordnung des konsequenten Demokratismus bei der Vorbereitung der proletarischen Revolution in der Frage eines Befreiungskrieges gegen einen äußeren Überfall unter den Bedingungen der gegenwärtigen Entwicklungsperiode dieser Epoche. Sie lassen sich nicht dadurch beirren, dass man ihnen, was Opportunisten mit Vorliebe tun, vorwerfen könnte, die zitierten Ausführungen der Klassiker wären aus dem konkreten Zusammenhang des jeweiligen Textes herausgerissen und falsch benutzt worden, oder auch: sie wären nicht grundlegend, wie fälschlicherweise behauptet, sondern allein für eine konkrete Situation, für einen begrenzten Zeitabschnitt geschrieben worden und folglich nicht als Lehre für den gegenwärtigen Krieg in der Ukraine anwendbar.

Die Genoss:innen von "Kämpfen lernen" verstehen es (im Flugblatt Stand April 2022), auf einige, nach ihrem Dafürhalten als besonders hervorzuhebende Äußerungen des Opportunismus einzugehen, der allesamt den Kampf der ukrainischen Massen zur Abwehr der Eroberungsversuche, wenn überhaupt erwähnt, so unter dem Strich grundfalsch einschätzt. Man griffe zu kurz zu behaupten, dass sich daran nach über einem Jahr Kriegsgeschehen etwas geändert habe, weiterhin wird kräftig drumrum geurteilt.

Ein Negativbeispiel: Hier die später im Jahr 2022 flott aufgestellte Losung: "Revolution statt Krieg" im Aufruf "Das ist der Krieg gegen dich, Arbeiter" zum 1.9.2022 (Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD). Zweifellos ist — ganz platt gesagt —, die Revolution zum Sturz der Ausbeuterordnung grundsätzlich dem gegenseitigen Abschlachten der Volksmassen in einem imperialistischen Krieg vorzuziehen. Die Losung ersetzt scheinbar die Aufgabe, wie das Proletariat hier, die Werktätigen hier sich zu diesem Krieg verhalten sollen. Dazu taugt die Losung wirklich nicht. Denn von "Krieg" schlechthin reden, ohne die Bedingungen zu analysieren, die den reaktionären von dem gerechten Krieg unterscheiden, heißt, sich damit auf die Seite des Opportunismus zu stellen. Ist diese Losung allgemein aufzufassen, so dient sie dazu, dem robusten opportunistischen Verständnis zuzuarbeiten, Revolution ginge ohne revolutionären Krieg, das bedeutet ohne den bewaffneten Bürgerkrieg. Hier wird folglich einem pazifistischen Verständnis der Revolution der Weg gebahnt. Wenn man keine marxistische Beurteilung dieses konkreten Krieges zu formulieren in der Lage ist, werden die Begriffe, mit denen man im Allgemeinen herumhantiert, leer, verwaschen, eben opportunistisch.

Es fehlt hierzulande die energische Propaganda zur Unterstützung der Werktätigen der Ukraine in ihrem bewaffneten Kampf, in dem Krieg gegen die Aggression des russischen Imperialismus in Abgrenzung zu der Heuchelei und Kriegstreiberei der "öffentlichen Meinung". Die vorherrschende Strömung unter den Genoss:innen in Deutschland leugnet offensiv diesen gerechten Kampf, sich gegen den Überfall zu verteidigen. Dann gibt es die herrschende Meinung und die Politik der herrschenden Klasse in Deutschland, die lügnerisch und scheinheilig den Kampf um das bürgerlich verzerrte und entstellte Selbstbestimmungsrecht propagiert und offensichtlich so gut wie uneingeschränkt die Deutungshoheit über dieses Thema ausübt. Wenn man nun das Urteil über den beiderseits imperialistischen Krieg bei Licht betrachtet, fällt zudem auch noch sofort auf, dass von einer solidarischen internationalistischen Unterstützung der in dem angeblich reaktionären Krieg massakrierten Proletarier:innen häufig genug nicht einmal die Rede ist, sie wird verschwiegen. Das ist u.E. ein kennzeichnender Ausdruck der gegenwärtig hier vorherrschenden ideologisch-politischen Situation.

Ein Negativbeispiel aus dem Jahr 2023, bei dem es schwierig ist, etwas anderes herauszulesen als ein gegenwärtig vorherrschendes theoretisches wie praktisch-politisches Irrlichtern von Genoss:innen: *Trotz alledem*, wie gewohnt unbeirrbar revolutionär: "Die einzig richtige Antwort auf diesen Krieg in der Ukraine ist die Erhöhung des Klassenkampfes gegen den

Hauptfeind im eigenen Land. Gegen die eigene Bourgeoisie." (TA Nr.91, 2023, S.6) Wobei mit dieser Antwort von Vertreter:innen der These des beiderseits imperialistischen Krieges elegant die weiteren unverzichtbaren Antworten, das sind die Pflichten des proletarischen Internationalismus im Kampf gegen die weltweiten imperialistischen Kriege, an denen ebenfalls dieser Hauptfeind beteiligt ist, und speziell die Unterstützung der Werktätigen in der Ukraine im bewaffneten Kampf gegen die Eroberungsversuche unter den Tisch fallen. Wie man doch wissen könnte/sollte, ist die Strategie und Taktik der KP nur richtig, wenn sie "die Interessen des internationalen Proletariats, die Interessen der Revolution in den anderen Ländern zum Angelpunkt machen, das heißt, wenn sie ihrem Wesen, ihrem Geiste nach internationalistisch sind (...)" (Stalin, "Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten", 1921, SW 5, S.68—S.69)

Noch ein Negativbeispiel: Zu dem Erscheinungsbild der Vertreter:innen der These des beiderseitigen imperialistischen Krieges gehört die "Kommunistische Organisation". Sie hat sich angesichts des Krieges auf dem Staatsgebiet der Ukraine 2023 zu der Resolution "Nicht unser Krieg" durchgerungen. Die Losung "Nicht unser Krieg!" hebt sich unzweifelhaft und ausdrücklich von dem ganzen Kriegsgeschrei der Regierung des deutschen Imperialismus ab. Wessen Krieg es sei, wird anschließend beantwortet: Ein von beiden Seiten imperialistischer Krieg und man dürfe sich auf keine der beiden Seiten stellen. ("Nicht unser Krieg — Resolution des außerordentlichen Kongresses der Kommunistische Organisation 2023", S.2) Nun verlangt der Marxismus zu Recht, keinem Krieg gleichgültig gegenüberzustehen. Denn offenbar bringen sich in diesem gegebenen Krieg zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation die Klassenbrüder und Klassenschwestern gegenseitig um, weshalb die elementare Notwendigkeit in diesen Ländern wie auch in Deutschland darin besteht, das Bewusstsein von der Notwendigkeit der internationalen Solidarität der Proletarier:innen aller Länder in ihrem Kampf gegen den gemeinsamen Feind und von der Unterstützung des Kampfes der Völker gegen eine imperialistische Aggression zu schärfen und ein lebendiges Bewusstsein darüber zu schaffen. Nichts davon ist in der Resolution zu lesen, was wohlgemerkt selbst für Verfechter:innen der These vom imperialistischen Krieg verpflichtend zu propagieren wäre. Stattdessen: Es sei schwer, "in jeder Situation konsequent den Standpunkt des proletarischen Internationalismus zu beziehen". (Ebd., S.5.) Die dringende Frage, ob damit die Pflichten des proletarischen Internationalismus ausreichend propagiert werden, lässt sich nicht abweisen.

Diese Resolution arbeitet — mit diesem selbstkritisch geäußerten Mangel an einem der zentralen, aktuellen, dringlichsten und ideologisch-politisch wesentlichen Probleme im Zusammenhang mit diesem Krieg zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation — einem Verständnis der Beschneidung, der Verkürzung, der Verengung der Aufgaben der kämpfenden Arbeiterklasse zu, hier v.a. in Bezug auf ihre proletarisch-internationalistischen Aufgaben in diesem Kriegsgeschehen und hinsichtlich der Förderung des elementaren Bewusstseins über die Aufgaben der internationalen Einheit der Proletarier:innen aller Länder, über ihre gemeinsamen grundlegenden Interessen und über ihren gemeinsamen Feind. Abgesehen von der Vernebelung ihres Bewusstseins dadurch, dass eines der typischen Merkmale dieser Epoche gar nicht bewusst gemacht, sondern ignoriert wird. Siehe Lenin über das Zeitalter der "heute in der ganzen Welt vorherrschenden internationalen Politik des Finanzkapitals, die unvermeidlich neue imperialistische Kriege erzeugt, unvermeidlich eine unerhörte Verstärkung der nationalen Unterdrückung, der Plünderung, Ausraubung, Erdrosselung der schwachen, rückständigen, kleinen Völkerschaften durch eine Handvoll «fortgeschrittener» Mächte mit sich bringt." ("Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution", 1921, LW 33, S.35) Siehe derselbe: "Der Imperialismus ist die fortschreitende Unterdrückung der Nationen der Welt durch eine Handvoll Großmächte. Er ist die Epoche der Kriege zwischen ihnen um die Erweiterung und Festigung der nationalen Unterdrückung." ("Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1916, LW 21, S.416) Zudem: Man redet zwar wie andere, die irgendwie auf den Marxismus-Leninismus schwören, von der Möglichkeit eines dritten Weltkrieges, schreibt, dass die Arbeiterklasse und die Völker aller Länder "gegen die Gefahr eines solchen Schreckensszenarios kämpfen" sollen (ebd. S.5), vergisst jedoch geflissentlich und trifft keine Anstalten (wie eine Reihe anderer Gruppen/Organisationen auch), das Proletariat propagandistisch darauf vorzubereiten, diese Krise auszunutzen, wie es erst nach der gemeinsamem Intervention von Luxemburg und Lenin angesichts des drohenden imperialistischen Weltkrieges (wohlgemerkt ein Weltkrieg!) in die entsprechende Resolution des Stuttgarter Kongresses von 1907 geschrieben wurde: "Es handelt sich nicht allein darum, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, sondern darum, die durch den Krieg hervorgerufene Krise zur Beschleunigung des Sturzes der Bourgeoisie auszunutzen." (Lenin, "Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart", 1907, LW 13, S.71) Das zur "K.O.", der "Kommunistischen Organisation" von 2023.

Und zum Schluss noch drei Bemerkungen von uns, die auf den negativen, ja toxischen, den unheilvollen bürgerlichen Einfluss auf die auf den Marxismus-Leninismus sich berufenden Organisation/Gruppen/Parteien in Deutschland aufmerksam machen.

Das von den Genoss:innen von "Kämpfen lernen" im Flugblatt befürwortete Herangehen an den Krieg zwischen der Ukraine (mit Unterstützung der westlichen imperialistischen Großmächte) und dem russischen Imperialismus steht nach wie vor im Gegensatz zu den allermeisten seitdem erschienenen Publikationen, Resolutionen und sonstigen Verlautbarungen der verschiedensten Genoss:innen, die behaupten, sich dabei auf den Marxismus-Leninismus berufen zu können. (Das unverändert anderthalb Jahre später bei Erscheinen dieser Presseschau-Ausgabe im September 2023.)

Dabei fallen 3 Fehler dieser Stellungnahmen, die den Krieg zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine als imperialistischen Krieg betrachten, uns insbesondere auf.

Der 1. Fehler besteht darin, den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Länder, für maximale nationale Gleichberechtigung, für den Schutz der Unabhängigkeit und Selbständigkeit (konsequent demokratisch und sich von dem Sumpf des widerlichen bürgerlichen Nationalismus abgrenzend) als Bedingung der engsten Annäherung aller Nationen und der Proletarier:innen aller Länder zu unterschätzen und damit nicht in der Lage zu sein, die herumposaunte engstirnige, den Ausbeuterinteressen durch und durch dienende bürgerliche Auslegung des Selbstbestimmungsrechts als das zu kennzeichnen, was es ist: Sie dient den Interessen der Bourgeoisie, besonders des Monopolkapitals, und wird zu ihrem propagandistischen Werkzeug gemacht, wenn das in die internationalen Kräfteverhältnisse der großen Räuber passt. (Diese Fahne wird geschwungen, solange diese im konkreten Fall den imperialistischen Interessen dient, hier noch zu erwähnen die Schweigsamkeit gegenüber den Bombardements der Ostukraine im letzten Jahrzehnt, Stichwort "Minsker Abkommen".) Dieses stockbürgerliche verzerrte Verständnis und die reaktionäre Handhabung des bürgerlichen Selbstbestimmungsrechts sind für gewöhnlich und unumgänglich mit versprühtem Nationalismus/Chauvinismus verbunden, Hetze gegen andere Völker, mit dem Stiften und Säen von Misstrauen zwischen den Proletarier:innen der verschiedenen Länder als Instrument, um zu spalten, die internationale proletarische Solidarität zu unterminieren und zu sabotieren und das internationale Proletariat davon abzuhalten, sich gegen den gemeinsamen Feind, die "eigenen" Ausbeuter und Unterdrücker, zu richten und sich dabei zu unterstützen.

Das Selbstbestimmungsrecht als ein Prinzip der proletarischen Demokratie, deshalb konsequent demokratisch aufgefasst und praktiziert, der Kampf für seine Verwirklichung und Durchsetzung, seine Rolle für die Entwicklung von Massenaktionen und des revolutionären Kampfes in einem Land überhaupt und für den Schutz der Rechte aller nationalen Minderheiten, seine Bedeutung für die Interessen des internationalen Proletariats in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution zu ignorieren, das läuft so nicht. Es dürfte auch nicht falsch sein, hier an N.Bucharin und seine Auffassung an dieser Stelle zu erinnern, das Selbstbestimmungsrecht dürfe das Proletariat nur für die Werktätigen in einem Land geltend machen. Auf dem schon herangezogenen VIII. Parteitag der KPR(B) formulierte Lenin ganz kategorisch: "Jede Nation muss das Selbstbestimmungsrecht erhalten und das trägt zu Selbstbestimmung der Werktätigen bei." (Lenin, "VIII. Parteitag der KPR(B), Bericht des Zentralkomitees", 1919, LW 29, S.159) Zu einem der "obersten Gesetze im Verkehr zwischen Völkern" (Marx, s. S.26 dieses Heftes) gehört folglich unbedingt, wie die Geschichte überwiegend als Lehrerin im negativen Sinn beweist, die Achtung des konsequent demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Nationen. (Lehrreich in diesem Zusammenhang die 1953 von Zhou Enlai entwickelten, antiimperialistisch zu deutenden "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz", von denen Mao 1957 auf seiner Rede zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution meinte, dass alle Staaten ohne Ausnahme diese anwenden sollten.)

Die grundfalsche Ignoranz gegenüber diesem allgemein-bürgerlichen Recht widerspricht dem Marxismus und dem proletarischen Internationalismus (Framing: ist doch nur bürgerliches Völkerrecht), schon prinzipiell deshalb, weil die Proletarier:innen eines imperialistischen Landes, die helfen, ein anderes Land zu überfallen und zu besetzen, bekanntermaßen, wie man weiß und aktuell wieder mal sehen kann, ihre eigenen Ketten schmieden. Zudem liegt es im Interesse des internationalen Proletariats in der Vorbereitung des Kampfes für den Sieg des Sozialismus in allen Ländern, die Werktätigen kleiner Völker in der Abwehr eines imperialistischen kriegerischen Überfalls, der drohenden Erdrosselung und zur Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung — dies nicht im reaktionär bürgerlichen Geist verstanden — zu unterstützen, im Bewusstsein, dass vor dem Sturz der Ausbeuterklasse das nicht völlig verwirklicht werden kann. Hier auch die Durchsetzung dieses Rechts der nationalen Minderheiten in allen Ländern bis hin zur Verteidigung des Rechts auf Lostrennung. Das gleichbe-

rechtigte Bündnis der Proletarier:innen und unterdrückten oder von Aggression und Intervention bedrohten Völker aller Länder, speziell das revolutionäre Bündnis der Proletarier:innen der Metropolen mit dem Kampf der vom Imperialismus unterdrückten und ihrer Unabhängigkeit beraubten Völker erfordert ebenfalls kategorisch, geradewegs sämtlichen angemaßten Privilegien und reklamierten Vorrechten größerer/stärkerer imperialistischer Mächte entgegenzutreten, etwa andere Länder zu überfallen. Der Kampf für die Verteidigung, die Verwirklichung oder die Durchsetzung des so verstandenen Rechts auf Selbstbestimmung ist unentbehrlich und bereitet perspektivisch den Boden für "die Vereinigung und das Zusammenwirken der Nationen in einer einheitlichen Weltwirtschaft" als "materielle Basis für den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt". (Stalin, "Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, SW 6, S.128)

Dieses Ziel wird nur zu erreichen sein, wenn man unmittelbar und energisch entgegentritt dem gerade auch bei solchen günstigen Gelegenheiten von den herrschenden Klassen mit dem Ziel der Spaltung verspritzten und geschürten Hass, dem Chauvinismus und Nationalismus, dem Antisemitismus, dem Rassismus und Sexismus, ökonomisch und sozial, u.a.m., die diese Vereinigung sabotieren sollen, ihr in der Tat objektiv im Wege stehen und entgegenarbeiten. In dieser Epoche als letztem Stadium des Kapitalismus angesichts der internationalen Politik des Monopolkapitals und der Aggressivität imperialistischer Mächte das Selbstbestimmungsrecht in seiner konsequent demokratischen Fassung und seine Rolle im Kampf zum Sturz des Imperialismus zu umgehen oder zu vernachlässigen, dient nicht der Vorbereitung auf den Sieg des Proletariats und der Verwirklichung seiner historischen Mission, geht gar nicht, ist komplett falsch, unmarxistisch, nicht leninistisch.

Es bleibt für uns nur eine Schlussfolgerung: Die gegenwärtig zu beobachtende vorherrschende Strömung leugnet offensiv, ihre ganze plakative Argumentationsstruktur und Beweisführung betrachtet, die Möglichkeit eines gerechten Krieges allein mit dem Ziel, "das Volk gegen einen äußeren Überfall und gegen Unterjochungsversuche zu verteidigen", da die herrschenden Klassen gegenwärtig in der Tat allesamt reaktionär sind und das Volk unterdrücken. Dies kombiniert mit einem weiteren durchgreifenden Fehler.

Der 2. uns aufgefallene Fehler dieser Veröffentlichungen ist ebenfalls durchgehend anzutreffen. (Diesen nicht aufgegriffen zu haben ist unserer Auffassung nach eine leider ärgerliche Lücke dieses Flugblatt von "Kämpfen lernen".)

Die sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Gruppen/Organisationen käuen die von einigen bürgerlich-akademischen "Experten" der internationalen Beziehungen und von solchen Imperialistenfiguren wie Henry Kissinger propagierte graue Theorie der proxy wars, der Stellvertreterkriege, wieder und genieren sich nicht, hier aus dem Arsenal jeglicher imperialistischer Kriegspropaganda zu schöpfen, um in der Lage zu sein, den gegenwärtigen Charakter dieses Kriegsgeschehens in der Ukraine beurteilen zu können, ohne dafür eine marxistische Auffassung und Untersuchung bemühen zu müssen. Unserem Dafürhalten nach kommt hier wieder einmal die Herabminderung der Rolle der marxistisch-leninistischen Theorie zum Vorschein, die der bürgerlichen, imperialistischen Ideologie Platz macht und ihr den Vorrang einräumt. Es geht ja (merke wohl) nicht einmal um eine verständigere Anwendung der marxistischen Kriegswissenschaft, um das Eindringen in diese Wissenschaft, sondern vielmehr (nur) um die ausdrückliche Anwendung der marxistischen These des Zusammenhangs zwischen Krieg und Politik auf dieses konkrete Ereignis vom Standpunkt des internationalen Proletariats und seinen Interessen aus, in den Zusammenhang der grundlegenden Aufgaben dieser Epoche gestellt. Will sagen, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik der interessierten herrschenden Mächte/Klassen mit den Mitteln der Gewalt ist und das selbstverständlich/natürlich parteilich, d.i. Interesse des Proletariats im Hinblick auf seine historische Mission zur Geltung gebracht werden soll. Und alles das wird gnadenlos, wie im Flugblatt von "Kämpfen lernen" hinreichend nachgewiesen, zurechtgestutzt, versimpelt, zweckdienlich entstellt, um einen imperialistischen Krieg von beiden Seiten befinden zu können.

So könne man, das liest man mit Erstaunen in den unterschiedlichen Publikationen und Verlautbarungen der verschiedensten Genoss:innen, keine wirklich präzisen eindeutigen Einschätzungen angesichts der vielen gegensätzlichen Informationen, (sprich: der Kriegspropaganda) bekommen. So profund ausgestattet, weisen die Schlaumeier darauf hin, dass, wenn sich eine Nation gegen einen Überfall, gegen eine Annexion, gegen eine drohende Besatzung wehrt, wäre das ein reaktionärer Krieg, da im Lande doch die herrschende Klasse reaktionär, weil sie ausbeuterisch und unterdrückend ist und die Hilfe einer oder mehrerer imperialistischen Großmächte in Anspruch nehme. Oder es werden internationale Beschreibungen von geglaubten Strategien imperialistischer Großmächte vorgestellt, aber die Interessen und Aufgaben des Proletariats vergessen. In der u.a. von Henry Kissinger gepuschten These, der diese Genoss:innen nichts entgegensetzen können, ist bspw. der Kampf eines Volkes gegen seine Unterdrücker im Land so gut wie unvermeidlich Teil eines Stellvertreterkrieges, soweit sich mehr oder weniger selbstverständlich eine oder mehrere imperialistische Großmächte finden werden, die einen solchen Aufstand in ihrem eigenen imperialistischen Interesse unterstützen. Ebenfalls wird sich eine konkurrierende Großmacht finden, die verhindern will, dass dieser Aufstand erfolgreich ist und derart andere imperialistische Mächte dort ihren Einfluss etablieren. Angewendet auf diesen Krieg: Der russische Imperialismus kämpft gegen den Verlust von Einflusssphäre und die westlichen Imperialisten ergreifen die günstige Gelegenheit, die Bevölkerung der Ukraine für die allseitige Erschöpfung der konkurrierenden russischen Großmacht in den Krieg zu schicken. Somit handelt es sich klar von beiden Seiten, das die überwiegende Meinung der Genoss:innen, um einen imperialistischen Krieg.

Wir kennen bis auf "Kämpfen lernen" keine Gruppe oder Organisation im deutschsprachigen Raum, die das nicht vertritt und nicht breitest, wenn auch völlig substanzfrei, dabei den Marxismus und das revolutionäre Interesse des Proletariats ignorierend, erläutert.

Es ist hier nicht der Ort, um diese Konstruktion mit dem prominenten Protegé Kissinger tief gehend als imperialistisch und als Ausdruck geopolitischer Machtinteressen zu entlarven. Man kann diesen Genoss:innen gegenüber mit dieser "Weltanschauung", die das in einer Fülle von Veröffentlichungen usw. seit dem Frühjahr letzten Jahres genauso vertreten, beiseitelassen, dass irgendwelche Großmächte sich immer einmischen (Waffenlieferungen, "sog. "Militärberater", verdeckte "Hilfstruppen" usw.) werden, schon weil die bereits aufgeteilte Welt möglicherweise mit diesem Lande sich den alten Einflüssen entziehen könnte. Man kann es sich ebenfalls ersparen, auf die zahlreichen historischen Beispiele hinzuweisen, bei denen die drangsalierte, überfallene herrschende Ausbeuterklasse, die in der Defensive ist und sich nunmehr verteidigt, die angediente Hilfe von anderen Ländern bekommt, gerne angenommen am effektivsten von den Feinden des Angreifers, was doch schon jedes Schulkind versteht: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. (Kein ungewöhnlicher Vorgang in der Militärgeschichte, worauf bspw. u.a. Engels oder ebenso Lenin hingewiesen hatten. Siehe Letzteren, der auseinandersetzt, dass man solche Fälle genügend aus der Geschichte kennt: "Mehrere Fälle des Bündnisses einer unterdrückten Nation mit einer Unterdrückernation, die der Konkurrent des Eroberers und eine ebensolche Eroberernation war (den Anhängern des «revolutionären Krieges» ohne Annahme einer Unterstützung von den Imperialisten zur Kenntnis!)." (Lenin, "Eine ernste Lehre und eine ernste Verantwortung", 1918, LW 27, S.69) So bleibt denn der Unabhängigkeitskrieg der amerikanischen Kolonisten nach wie vor historisch ein antikolonialer Befreiungskrieg, auch wenn im Laufe dieses

Kampfes gegen die englische Kolonialmacht die schon angeschlagene französische Kolonialmacht an der Seite der gerade gegründeten Vereinigten Staaten von Amerika trat und auf ihrer Seite kämpfte und dieser beim Siegen half.

Der Charakter des jeweils gegebenen Krieges ist auf der materiellen Basis der ökonomischen Entwicklung des Imperialismus als Fortsetzung der Politik der daran interessierten herrschenden Mächte in seiner besonderen Situation (wir müssen uns leider wiederholen) viele Jahre vor Kriegsausbruch zu erfassen, das heißt als Resultat einer Analyse sowohl des ökonomisch-politischen Zusammenhangs zwischen der vorangegangenen Politik und diesem Krieg als auch (grundlegend für Marxist:innen) diesen in den Zusammenhang der Interessen des internationalen Proletariats in dieser Epoche zu stellen. Dabei sich nicht davon täuschen lassen, wer den Krieg angefangen hat, wo aktuell die Truppen stehen usw. oder auch, wer im Hintergrund eine Seite unterstützen mag. Welche Mächte sich an einem kriegerischen Konflikt innerhalb eines Landes (des sog. Drittstaates) beteiligen (mit offiziellen Truppenteilen oder NGOs) oder sich nur von außen mit Militärhilfe usw. einmischen, enthebt nicht der verpflichtenden Aufgabe, die Ergebnisse der Erforschung in den Zusammenhang der Erfordernisse der sozialistischen Revolution zu stellen. Und dies erfordert zweifellos Parteilichkeit, die der These der Stellvertreterkriege selbstredend abgeht, insbesondere vom Standpunkt des Proletariats das revolutionäre Interesse in dieser Krisensituation (nicht zu verwechseln mit dem Aufruf zur Revolution!) unter den konkreten Umständen herauszuschälen und zur Geltung zu bringen. In diesem Fall den Kampf für das konsequent demokratisch verstandene Selbstbestimmungsrecht und seine Rolle in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution für die Aufgaben des proletarischen Internationalismus zu betonen, speziell das Interesse der unterdrückten Klassen, das des Proletariats der Ukraine und dasjenige der Klassenbrüder und -schwestern der Russischen Föderation. Was kann das Proletariat vom Standpunkt der Vorwärtsentwicklung hin zur sozialistischen Revolution in dieser Lage tun? Und dazu reicht — und das ist scheinbar den meisten Genoss:innen nicht zugänglich — nicht aus, dass die beteiligten, sich einmischenden Mächte mit ihren reaktionären Klassen, *ihrer* Politik und *ihren* Interessen aufgezählt werden.

Hier ist einer Art historischer Vollständigkeit halber die von Rosa Luxemburg vertretene Variante der Stellvertreterkriege heranzuziehen, die ausdrücklich vertrat, dass ein nationaler Krieg in dieser Epoche auf jeden Fall in einen imperialistischen umschlagen müsste, weil immer imperialistische Mächte eingreifen und dadurch den Charakter des Krieges verändern. Auf

die Art könnten es dann keine nationalen Kriege mehr geben. Lenin darauf: "Das einzige Argument zur Verteidigung der These «nationale Kriege kann es nicht mehr geben» ist, dass die Welt unter ein kleines Häuflein imperialistischer «Groß» mächte aufgeteilt ist und dass darum ein jeder Krieg, sei er auch ursprünglich ein nationaler Krieg, in einen imperialistischen Krieg umschlägt, da er die Interessen einer der imperialistischen Mächte oder Koalitionen berührt." (Lenin, "Über die Junius-Broschüre" 1916, LW 22, S.314.) Und er fährt fort: "Die Unrichtigkeit dieses Arguments ist augenfällig." (Ebd.) So denken wir auch, siehe, wie wir uns oben bemüht haben. Die Einmischung konkurrierender imperialistischer Großmächte in einen militärischen Konflikt auf dem Boden eines kleineren/schwächeren Landes ist, wie man an historischen Beispielen zur Genüge nachweisen kann, keinesfalls hinreichend, um diesen Konflikt von dieser Seite als einen reaktionären, als imperialistischen Krieg bezeichnen zu können. Dass möglicherweise/wahrscheinlich der Abwehrkampf/Befreiungskrieg von einer konkurrierenden Großmacht oder mehreren unterstützt wird, ist erst der Beginn einer Analyse des Kriegsgeschehens und der Interessen und der Aufgaben der Werktätigen unter Führung des klassenbewussten Proletariats und nicht bereits das Resultat, wie solche Genoss:innen mit Unterstützung der mit einer imperialistischen Werkzeugkiste fabrizierten These des "Stellvertreterkrieges" abwegig meinen.

Weiter zu unserer letzten Bemerkung. Da die Großmächte im Hintergrund sind und vor aller Augen, so liest man es überall, die sog. imperialistischen Stellvertreterkriege auf der ganzen Welt toben, besteht selbstverständlich die Gefahr eines Weltkrieges. Nachdem man — wir kennen so gut wie keine deutschsprachige Gruppe, die das nicht auf dem Schirm hat (außer die Verfasser:innen des abgedruckten Flugblatts) — den gerechten Charakter der Verteidigung eines Volkes gegen einen äußeren Überfall und gegen Unterjochungsversuche leugnet, sieht man sozusagen synchron und parallel die Gefahr des zukünftigen Weltkrieges am Horizont aufziehen. Das gehört zu den gegenwärtigen Antworten als Resultat einer vorgeblichen Analyse und wir stellen die Frage, warum die Leugnung des gerechten Charakters eines Kampfes ratzfatz mit der konkreten, als im Bereich des unmittelbar Möglichen, sozusagen mit der Hand zu greifenden Weltkriegsgefahr verbunden wird.

Originalton: "selbst ein kleiner Funke einen Weltbrand entzünden kann", "in unserer Zeit sind lokale Kriege sehr gefährlich". Das hat dankenswerterweise Chruschtschow in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts so eindeutig formuliert und auf den Punkt gebracht. (Zitate entnommen aus: "Die Verfechter des neuen Kolonialismus", in: "Die Polemik über die Generalli-

nie der internationalen kommunistischen Bewegung", Peking 1965, S.221.) (Diese Anschauung hatte sich mit dem Erscheinen des Flugblatts der Genoss:innen von "Kämpfen lernen" im April 2022 noch nicht so deutlich herauskristallisiert und in diesem Flugblatt musste es schwerpunktmäßig darum gehen, die Anwendung der Lehre des Kurzen Lehrgangs über gerechte Kriege und den marxistischen Zusammenhang von Politik und Krieg in den Mittelpunkt zu stellen.) Fazit der KP Chinas zu Lebzeiten Mao Tsetungs (genauer: das der beiden Redaktionen der Renmin Ribao und der Hongqi) zu dieser Opportunistenposition Chruschtschows: "Hier macht Chruschtschow überhaupt keinen Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen und geht damit ganz und gar vom Standpunkt ab, dass Kommunisten gerechte Kriege unterstützen müssen."

Die Leugnung eines berechtigten Kampfes gegen einen Überfall und als Ersatz dafür das Beschwören der wachsenden Weltkriegsgefahr gehören zu der verheerenden Theorie und Praxis des Erbes des Revisionismus Chruschtschows. Dieses Erbe, das leider auch heutzutage nicht nur von sich als Marxisten-Leninist:innen verstehenden, sondern ebenfalls von wirklich revolutionären Kräften seit Ende der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts angetreten wurde (gleichgültig, ob sie sich damals eher auf die Seite der KP Chinas Mao Tsetungs oder auf die der PdAA Enver Hoxhas gestellt haben), wird immer noch beharrlich gehütet und verbreitet. Und zwar unseres Erachtens nach auch deshalb, weil die Verwässerungen, Verfälschungen, Simplifizierungen und Verdrehungen des Marxismus-Leninismus durch den Revisionismus à la Chruschtschow, Breschnew & Co. nicht tief gehend bekämpft wurden und werden, dergestalt, dass in diesem konkreten Fall des Ukraine-Krieges ein allgemeiner Aufschrei des Entsetzens und der Wut hätte zu hören/zu lesen sein müssen, wenn die Werktätigen eines Landes gezwungen sind, sich bewaffnet gegen einen imperialistischen Überfall und gegen Eroberungsversuche wehren. Der gerechte Befreiungskampf wird ignoriert und auf diese Weise können in der Folge die Lügen und die Heuchelei des Gejammers der Imperialisten über die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts auch nicht plausibel, treffend und eindrücklich entlarvt werden. Im Gegenzug wird ein imperialistischer Krieg ausgemacht und die bedrohliche Gefahr eines Weltkrieges behauptet, jedoch überwiegend nicht das Ziel verfolgt, die Volksmassen zum Kampf für die Erhaltung eben dies "Weltfriedens" und zur Verhütung des anstehenden Weltkrieges zu mobilisieren.

Nach dieser Sichtweise der heldenhaften Kämpfer:innen für die Sache des Weltproletariats, ausgerüstet mit der Brille der proxy wars, wäre dann auch die Geschichte umzuschreiben, etwa bei der Beurteilung des Spanischen

Bürgerkriegs (1936-1939), etwa bei der Beurteilung des sog. Dritten revolutionären Bürgerkriegs (1945 bis September 1949) zwischen den von der KP Chinas geführten chinesischen Volksmassen und der Guomindang/-Kuomintang oder bei der Beurteilung des Befreiungskampfes des von der PdWV angeleiteten vietnamesischen Volkes gegen den französischen (1954) und den US-Imperialismus (1975).

Resultat: ein gutes, ein marxistisches Flugblatt (gemeint ist die 2. selbstkritisch überarbeitete Auflage, April 2022), das verdient hat, in Erinnerung gerufen und einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht zu werden, was wir hiermit versuchen.



#### Reklame

# Zur Kritik des Ökonomismus und Tradeunionismus

Anmerkungen zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit von Kommunist/innen (2011)

anlässlich der

## "Diskussionsthesen zur kommunistischen Betriebs– und Gewerkschaftsarbeit"

Diese formuliert und herausgegeben von "marxistisch-leninistischen GewerkschafterInnen und SympathisantInnen der Zeitschrift *Trotz alledem!*" (2010)

*	Nachdruck (2023)															
	-		-	-									-		-	

- REVOLIT–

# Russland raus aus der Ukraine Deutscher Imperialismus, Hände weg von der Ukraine Alle Regierungen lügen, heucheln und betrügen

Seit dem 24. Februar führt der russische Imperialismus einen Eroberungskrieg gegen die Ukraine. Der seit Jahren mit politischen, ökonomischen und auch militärischen Mitteln geführte Konflikt um den größten politischen Einfluss in der Ukraine zwischen den westlichen Großmächten, dem deutschen, französischen, englischen und dem US-Imperialismus an der Spitze auf der einen und der russischen imperialistischen Großmacht auf der anderen Seite hat sich weiter zugespitzt.

## Russland raus aus der Ukraine!

Jeder Krieg ist Fortsetzung der Politik der herrschenden Klasse mit anderen Mitteln. Der russische Überfall zur Eroberung der Ukraine und Unterjochung seiner Bevölkerung ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit nichtfriedlichen Mitteln und wird durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt und genährt.

Es ist unbedingt notwendig zu verstehen, warum der gegenwärtige Krieg und der Konflikt um die Ukraine geführt wird, von welchen Mächten und Machtgruppen und um welche Ziele.

Der russische Eroberungskrieg reiht sich ein in die Eroberungskriege der letzten Jahrzehnte, die zumeist vom US-Imperialismus angeführt wurden und an denen der deutsche Imperialismus mehr oder weniger beteiligt war. Für all diese Kriege trägt das System des Imperialismus und das Finanzkapital der imperialistischen Länder die Verantwortung. Dieses System ist auf Raub, Unterwerfung, Auspressung anderer Völker ausgelegt. **Eroberungskriege sind eine typische Erscheinung der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution**. Imperialismus, das bedeutet das Ringen einiger Großmächte in ihrem Streben nach Neuaufteilung der Erde, die Hand nach jedem beliebigen Land auszustrecken zur Neuaufteilung der Welt, zur Stärkung der eigenen und zur Schwächung und Untergrabung der gegnerischen Hegemonie. Das Ringen dieser Bande von Dieben geht notwendigerweise und zwangsläufig nicht ohne politische, ökonomische und militärische Konfrontationen, nicht ohne Krieg ab und das wird es auch in Zukunft nicht, solange der Imperialismus herrscht:

"Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen: dabei wird die Teilung 'nach dem Kapital', 'nach der Macht' vorgenommen - eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. " (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1916, LW 22, 258)

Der Eroberungskrieg Russlands reiht sich ein in den Kampf um die Neuaufteilung der Einflusssphären nach dem Zerfall der Vormachtstellung des russischen Imperialismus in Osteuropa und dem gleichzeitigen Vormarsch des US-Imperialismus und des deutschen Imperialismus (im Deckmantel der EU), um aus diesem Zerfall Vorteile für sich zu ziehen.

Der Krieg Russlands unter dem Vorwand der Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Dekommunisierung gegen die Ukraine dient dazu, sich dem Verlust der "eigenen" Einflusssphären durch das Eindringen des US-Imperialismus und der anderen westlichen Imperialisten gewaltsam entgegenzustemmen bzw. verlorenes Terrain zurückzugewinnen, um im Ringen der imperialistischen Großmächte nicht ins Hintertreffen zu geraten.

#### Großmachtchauvinismus und Antikommunismus

Putin macht in seinen Reden die revolutionäre Politik Lenins und Stalins und ihr Eintreten für das Recht auf staatliche Unabhängigkeit der ukrainischen Nation, für das Recht auf Lostrennung und für den freiwilligen und gleichberechtigten Zusammenschluss der Völker dafür verantwortlich, dass er heute gegen die Ukraine zu Felde ziehen und sie "dekommunisieren" müsse.

Die Verfassung der sozialistischen Sowjetunion von 1936 garantierte den Teilrepubliken in Artikel 17 "das Recht auf freien Austritt aus der UdSSR" und den Bestand ihres Territoriums: "Das Gebiet der Unionsrepubliken kann ohne ihre Zustimmung nicht geändert werden." (Artikel 18)

Putins großrussischer Chauvinismus und Revanchismus steht im diametralen Gegensatz zur Politik der ehemals sozialistischen Sowjetunion bis zu ihrem Farbwechsel und der Restauration des Kapitalismus unter der Federführung von Chruschtschow, Breschnew und den nachfolgenden Banditen!

# Die imperialistische Großmacht Russland tritt das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine mit Füßen!

Die Haltung in der Frage des Selbstbestimmungsrechts gehört zu den zentralen Scheidelinien des Marxismus-Leninismus gegenüber dem Opportunismus! Eine ganze Reihe sich als "marxistisch-leninistisch" bezeichnende Organisationen schließen kategorisch aus, in der Ukraine von einem gerechten Abwehrkrieg der Volksmassen gegen den Überfall des russischen Imperialismus zu sprechen. Sie behaupten dagegen, dass es sich um einen imperialistischen Krieg handelt, in dem es keine gerechte Seite gibt:

"Denn es ist nicht ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine, sondern ein

Krieg zwischen den westlichen Imperialisten und Russland." (Bolschewistische Initiative Deutschland, Flugblatt 24.2.22)

Die Gruppe ArbeitZukunft kann in ihrem Flugblatt zum Überfall des russischen Imperialismus, in der "Ukraine selbst" "keine 'gute' Seite sehen".

Die Ukraine ist aus opportunistischer Sicht schließlich nur "der Austragungsort eines Krieges zwischen zwei imperialistischen Lagern" (Erklärung des ZK der MLPD vom 28.2.22)

Was hier scheinbar besonders revolutionär daherkommt, ist in Wirklichkeit Opportunismus, ein eklatanter Bruch mit dem Marxismus-Leninismus und seiner Analyse der gegenwärtigen Epoche.

Für die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution ist es typisch, dass (aktuell sieben) imperialistische Großmächte als Hauptfeinde der Völker der Welt, schwache Länder unterdrücken, um sie auszubeuten und auszuplündern. Imperialismus ist "ein Kampf, um die Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt, der als unausbleibliches Element imperialistische Kriege in sich schließt, Kriege zur Eroberung fremder Gebiete." (Stalin 1924, Über die Grundlagen des Leninismus, SW 6, 65) Deshalb "ist der Kampf für die internationale sozialistische Revolution gegen den Imperialismus unmöglich ohne Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen." (Lenin 1915, LW 21, 317) – nur eine solche Haltung ist proletarisch internationalistisch.

Das klassenbewusste Proletariat auf der ganzen Welt steht für die Annäherung der Nationen bis zur Verschmelzung im Kommunismus und die gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen die internationale Bourgeoisie. Diese Vereinigung wird erschwert, die Aufgabe verdunkelt, durch den Nationalismus und Chauvinismus, den die herrschenden Klassen predigen und durch die Privilegien, die das Proletariat (nicht nur) der großen imperialistischen Nationen auf Kosten der unterdrückten Völker und abhängigen Länder erhält. Um dieser Spaltung entgegenzutreten, tritt das klassenbewusste Proletariat in allen Ländern für das Selbstbestimmungsrecht, für das Recht auf Lostrennung, für das Recht auf die eigene staatliche Existenz und für die freiwillige Vereinigung ein! Denn: Ein Volk, das andre unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren! (Engels) und ein Proletariat, das sich auch nur mit dem kleinsten Gewaltakt "seiner" Nation gegen andere Nationen abfindet, kann nicht sozialistisch sein. (Lenin)

Der Kampf für das nationale Selbstbestimmungsrecht ist ein demokratischer Kampf und als solcher <u>kann er entweder von der Aufgabe der proletarischen Revolution ablenken</u> und das Proletariat direkt in die Arme der Bourgeoisie treiben oder aber es gelingt dem Proletariat, den demokratischen Kampf als Teil der Vorbereitung der Revolution, als Ausgangspunkt für revolutionäre Massenaktionen zu nutzen, <u>beide Aufgaben miteinander zu verbinden und die erste Aufgabe der zweiten unterzuordnen</u>. Ohne diese Haltung zum Kampf um das nationale Selbstbestimmungsrecht ist es schwer vorstellbar, dass sich das

Proletariat in der Ukraine und in Russland irgendwann gegen den gemeinsamen Feind, die russische und die ukrainische Bourgeoisie, gegenseitig unterstützt!

Diese Haltung hat ganz und gar nichts zu tun mit der Heuchelei des US-Imperialismus und des deutschen Imperialismus. Die Imperialisten sind geübt darin, das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen zu treten und gleichzeitig von "Werten", "Freiheit", "Demokratie" oder dem "Kampf gegen Autokraten" zu schwadronieren.

Ob das internationale klassenbewusste Proletariat den Kampf der Volksmassen für das nationale Selbstbestimmungsrecht unterstützen kann, lässt sich nicht daran festmachen, ob dieser Kampf von revolutionären Kräften der Arbeiterinnen und Arbeiter und Bäuerinnen und Bauern oder von einem reaktionären, bourgeoisen Kräften angeführt wird.

Entscheidend ist, dass der Kampf des Proletariats der faktischen, inhaltlichen Gleichberechtigung aller Nationen und dem Zusammenschluss der Arbeiter\*innen aller Nationalitäten im gemeinsamen Klassenkampf dient.

Und nur wer in Deutschland die imperialistischen Aktionen der "eigenen" Bourgeoisie und den ekelhaften Chauvinismus gegenüber der russischen Bevölkerung, gegenüber den russischen werktätigen Massen und auch Soldat\*innen bekämpft, folgt dieser Linie und nur die ist antichauvinistisch. Sonst verrät man die Interessen des Proletariats!

Denn "die Bolschewiki waren der Meinung, daß es zwei Arten von Kriegen gibt:

a) einen *gerechten* Krieg, der kein Eroberungskrieg, sondern ein Befreiungskrieg ist, der das Ziel hat, entweder <u>das Volk gegen einen äußeren Überfall und Unterjochungsversuche zu verteidigen</u>, oder das Ziel der Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus, oder endlich das Ziel der Befreiung der Kolonien und abhängigen Länder vom Joche der Imperialisten, und

b) einen *ungerechten*, einen Eroberungskrieg, der das Ziel hat, fremde Länder zu erobern, fremde Völker zu versklaven.

Einen Krieg der ersten Art unterstützten die Bolschewiki." (Geschichte der KPSU/B. Kurzer Lehrgang 1938, S. 210, Unterstreichung d.V.)

Der Opportunismus beruft sich, wenn er den gerechten Kampf der Volksmassen in der Ukraine gegen den Überfall und die Unterjochungsversuche des russischen Imperialismus verneint, auf den unzweifelhaft reaktionären Charakter des Selenskij-Regimes in Kiew, das durch den US- und den deutschen Imperialismus direkt unterstützt wird, das sich faschistischer Banden bedient, die in der Tradition der ukrainischen Kollaborateure mit dem Nazifaschismus stehen, das seit Jahren einen aggressiv anti-russischen Kurs gegen die russisch sprachige Bevölkerung in der Ukraine eingeschlagen hat. Dieses verbrecherische Handeln der Bourgeoisie widerspricht nicht der Einschätzung, dass der

Kampf der Volksmassen der Ukraine gegen die imperialistische Okkupation gerecht ist.

Es ist notwendig, den Kampf der Volksmassen in der Ukraine gegen den Überfall des russischen Imperialismus und gegen die offene oder verdeckte Intervention anderer imperialistischer Großmächte zu unterstützen und gleichzeitig alles nach Kräften für den Zusammenschluss der Arbeiter\*innen aller Länder zu tun.

Die opportunistische Konstruktion eines angeblich beiderseits imperialistischen Krieges mit dem "Austragungsort" Ukraine fällt den Volksmassen in ihrem Kampf gegen die russischen Unterjochungsversuche in den Rücken!

Die Gruppe *Gegen die Strömung* bedient sich eines anderen opportunistischen Drehs. Sie beschränkt ihre Solidarität – im Widerspruch zu den Ausführungen des "Kurzen Lehrgang" - auf "wirklich demokratisch-revolutionäre Kräfte" (GDS, Flugblatt 1/22), ohne zu erklären, wer das ist, wofür sie stehen, ob und inwieweit sie internationalistisch sind usw. Selbst wenn es diese Kräfte gibt, so könnte das GDS nicht der Aufgabe entheben, den Kampf der Volksmassen in der Ukraine als gerecht zu verteidigen!

Hier verläuft der tiefe, unüberbrückbare Graben zwischen dem Opportunismus auf der einen und dem proletarischen Internationalismus auf der anderen Seite!

Der Verteidigung des gerechten Kampfes der Volksmassen in der Ukraine steht auch nicht entgegen, dass sich die deutsche Bourgeoisie plötzlich als Verfechter nationaler Selbstbestimmung inszeniert – das tut sie aus ganz eigenen, imperialistischen Interessen!

Ihr steht auch nicht entgegen, dass sich die verlogene ukrainische Bourgeoisie an den westlichen imperialistischen Großmächten orientiert.

Wenn die Bourgeoisie von Selbstbestimmungsrecht, nationaler Unabhängigkeit oder Kampf gegen den Eroberungskrieg spricht, meint sie in Wirklichkeit Nationalismus, Abgrenzung bis hin zum Chauvinismus, Kollaboration mit anderen imperialistischen Großmächten. Wenn die ukrainische Bourgeoisie heute von Freiheit und Verteidigung des Vaterlandes tönt, so will sie in Wirklichkeit nichts anderes als der EU und der NATO beitreten und an der Ausplünderung anderer Länder teilhaben.

Wenn das klassenbewusste Proletariat für das nationale Selbstbestimmungsrecht kämpft, bedeutet es dagegen, Vereinigung der Proletarier\*innen aller Länder auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens, der Gleichberechtigung, der geschwisterlichen Beziehungen und der gegenseitigen internationalistischen Unterstützung im Kampf gegen die Bourgeoisie und im Interesse der proletarischen Weltrevolution!

Angesichts des Überfalls und der Unterjochungsversuche durch den russischen Imperialismus geht der Kampf um die staatliche Unabhängigkeit, nicht die Unabhängigkeit des Landes vom Imperialismus überhaupt. Länder wie die

Ukraine sind Teil des imperialistischen Systems, sind von imperialistischen Großmächten in vieler Hinsicht abhängig und ihre herrschenden Klassen profitieren nicht nur von der Ausbeutung und Unterdrückung der "eigenen" Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern, sondern auch von Auspressung anderer Völker. Wirkliche Unabhängigkeit ist in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution ohne die Zerschlagung der Macht der herrschenden Klassen, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus ganz unmöglich. Dennoch macht es einen fundamentalen Unterschied, ob das Land von einer fremden Macht überfallen wird und das Volk unterjocht werden soll. Die staatliche Unabhängigkeit ist von großer Bede utung für das klassenbewusste Proletariat der Ukraine auf dem Weg für den Kampf zum Sturz der eigenen herrschenden Klasse.

Russland raus aus der Ukraine! Der Abwehrkampf der Volksmassen gegen den russischen Imperialismus ist gerechtfertigt!

# Deutscher Imperialismus, Hände weg von der Ukraine!

Der deutsche Imperialismus gibt sich gänzlich unschuldig an der Zuspitzung des Konflikts der Großmächte um die Ukraine, spielt sich auf als wackerer Verteidiger des Selbstbestimmungsrechts und als Retter der Kriegsflüchtlinge. Dabei ist er in Wahrheit ein **Kriegstreiber** in diesem System des Kampfes um Neuaufteilung von Einflussgebieten. Er ist mitverantwortlich dafür, dass sich das Proletariat aus Russland und das Proletariat aus der Ukraine gegenseitig töten!

Der deutsche Imperialismus versucht mit einem gigantischen medialen Trommelfeuer die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland hinter den Kurs der Bourgeoisie zur politischen, ökonomischen und militärischen Einbindung der Ukraine in seine Einflussgebiete und zur Schwächung des russischen Imperialismus zu bringen. Die Kriegsangst, Wut und Abscheu angesichts der Zerstörungen und Opfer in der Ukraine, das Mitgefühl mit den Flüchtenden bei ekelhaftester chauvinistischer Propaganda gleichzeitig gegenüber russischen Volk deutsche Imperialismus, nutzt der um das größte Aufrüstungsprogramm seines Militärapparates seit dem Zweiten Weltkrieg unter dem Beifall der Abgeordneten als Ausrüstungsmaßnahme zu verkaufen, die Aufstellung einer aggressiven militärischen schnellen EU-Eingreiftruppe als Beitrag zum Frieden und den Waffenexport in ein Kriegsgebiet als "uneigennützige Hilfe" zu deklarieren, die Versorgung von Flüchtlingen als angebliche Solidarität und nicht etwa als politisches Mittel, das den eigenen imperialistischen Einfluss vergrößern helfen soll, zu verkaufen.

Die deutschen Waffenlieferungen dienen keineswegs dazu, das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine zu verteidigen, sondern sie sollen Russland als imperialistischen Konkurrenten schwächen und sind Bestandteil des imperialistischen Kampfes des "Westens" um Einflusssphären. Deshalb: Keine Waffen des deutschen Imperialismus an die Ukraine!

Das politische und militärische Streben des deutschen Imperialismus nach einer stärkeren Rolle in der Rivalität der Großmächte wird heuchlerisch als Wahrnehmung einer größeren Verantwortung für den Frieden auf der Welt hingestellt. Zu dieser chauvinistischen Gehirnwäsche gehört auch die unterschiedliche Behandlung von erwünschten, aus der Ukraine Geflüchteten und unerwünschten, nicht-weißen Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan, Äthiopien und deren Schlechterstellung. Hier zeigt sich die Fratze des Revanchismus, der die Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg gegen die damals sozialistische Sowjetunion nicht vergessen hat. Jede nationale Hetze steht den Interessen des proletarischen Klassenkampfes entgegen. Ihr zu folgen bedeutet die Interessen des Proletariats zu verraten und sich auf die Seite der "eigenen" Bourgeoisie zu schlagen.

"Dieser Krieg ist ein beispielloser Angriff auf die europäische Friedensordnung, die auf Freiheit, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit basiert." (Gemeinsame Erklärung des Bundesverbandes der deutschen Industrie und der IG Metall 1.3.22) Der russische Überfall ist nicht der erste Krieg gegen die so genannte "europäische Friedensordnung", das war 1999 der NATO-Luftkrieg gegen Serbien und Montenegro u.a. durch den US- und den deutschen Imperialismus.

**Zur Erinnerung**: Achtundsiebzig Tage lang bombardierte die NATO 1999 serbische Krankenhäuser, Schulen, Wasserwerke und Chemiebetriebe. Dieser erste Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung seit 1945 führte zu einer ökologischen und humanen Katastrophe. Die NATO zerstörte oder beschädigte 60 Brücken, 110 Krankenhäuser, 480 Schulobjekte, 365 Klöster, das Fernsehzentren, die Strom- und Wasserversorgung, 121 Industriebetriebe. 2500 Menschen fanden den Tod. Als besonders zynisches Kriegsverbrechen gilt bis heute neben dem Einsatz von über 30.000 Urangeschossen an über 80 Orten die vorsätzliche Bombardierung der großen Chemiezentren in Pančevo, Novi Sad und Bor. (Berliner Zeitung 14.6.2021)

Das salbungsvolle Gerede der Vertreter des Kapitalistenverbandes und der Arbeiteraristokratie von "westlichen Werten", "Freiheit", "Menschenrechten" und "Gerechtigkeit" ist widerlich, denkt man an die vielen tausend Menschen, denen im Mittelmeer die Seenotrettung verweigert wird, die man ertrinken lässt oder gar ertränkt, die Opfer der deutschen Asyl- und Grenzpolitik

in der EU. Und das Klagen über die "Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker" (ebd.) von Herrschaften, die in Afghanistan Besatzungsmacht waren, ist eine verdammte Lüge. Die "Olivgrünen" um Baerbock und Konsorten, die sich gegen Russland zu "Verteidigern des Selbstbestimmungsrechts" aufblasen, schweigen denn auch zum Einsatz deutscher Waffen durch das Erdogan-Regime gegen die Kurd\*innen in der Türkei, in Syrien, im Irak und Krieg zur Zerschlagung Jugoslawiens 1999!

Der deutsche Imperialismus versucht seit den 1990er Jahren im Gewand der EU die Ukraine aus dem Einflussbereich des russischen Imperialismus herauszulösen und konnte dabei auf die Kollaboration mit jenen Kräften der herrschenden Klassen in der Ukraine setzen, die antirussisch und pro-EU und NATO eingestellt waren, weil sie sich davon mehr Macht und mehr Profit versprachen. Das geplante "Assoziierungsabkommen" der EU mit der Ukraine, dass 2013 <u>nicht</u> unterschrieben wurde und zum Sturz des damaligen Präsidenten mit tätiger Mithilfe durch den US- und den deutschen Imperialismus führte, war schon damals gegen die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Bäuerinnen und Bauern des Landes gerichtet.

## Der Griff des deutschen Imperialismus nach der Ukraine hat eine lange Vorgeschichte

1918 besetzte die Wehrmacht kurzzeitig die Ukraine. Der deutsche Imperialismus installierte eine Marionettenregierung unter einem zaristischen General, terrorisierte die Bevölkerung und raubte Rohstoffe und Getreide.

1941 überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion, und damit auch die Sozialistische Ukrainische Republik. Von den 40 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ermordeten die Nazi-Faschisten über acht Millionen Menschen, vor allem die jüdische Bevölkerung. Die Befreiung des Landes gelang durch einen mutigen und hingebungsvollen Partisanenkrieg, der von der übergroßen Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Bäuerinnen und Bauern getragen wurde und durch den heldenhaften Kampf der sowjetischen Roten Armee gegen die deutsche Nazi-Wehrmacht und ihre ukrainischen Handlanger wie Bandera und Konsorten.

Das Abkommen zeigt, was auch zukünftig von der Kollaboration der ukrainischen Bourgeoisie mit der EU zu erwarten ist: Das Abkommen verlangte die aktive Einbindung der Ukraine in militärische Ziele, Strukturen und Einsätze der EU; enthielt Bestimmungen und Verpflichtungen, die die Ukraine faktisch zum NATO-Stützpunkt gemacht hätten; begünstigte die EU-Exporte in die Ukraine; sorgte für vorteilhafte Bedingungen für Konzerne aus der EU, die ihre Produktion in die Ukraine verlagern wollten; verlangte die Zerschlagung des staatlichen Energiekonzerns; forderte die Erhebung von Verbrauchersteuern auf Energie und die Begünstigung industrieller Großverbraucher; hätte die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Entlassungen und Schließungen,

Preistreiberei im sozialen, Verkehrs- und im Kommunikationswesen durch Privatisierungen und die ausländische Konkurrenz nach sich gezogen und hätte zu Betriebsschließungen und steigender Erwerbslosigkeit geführt.

In der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution sind alle imperialistischen Großmächte, unabhängig von ihrer gegenwärtigen politischen, ökonomischen und militärischen Stärke, die Hauptfeinde der Völker. Sie sind Räuber, Diebe und Sklavenhalter, die versuchen, den Rest der Welt zu unterdrücken. Sie sind die treibenden Kräfte bei der Neuaufteilung der Erde. Es gibt seit Anfang des 20. Jahrhunderts keinen lokalen Kriegsbeginn, der nicht <u>auch</u> im Interesse dieses oder jenes Hauptfeindes der Völker geführt wurde.

Es ist notwendig, dass das Proletariat in Deutschland, auch in diesem Krieg in der Ukraine, den deutschen Imperialismus und seine verbrecherischen Pläne und Interessen **anzugreifen** und die Gefahr, die von diesem internationalen Unterdrücker ausgeht, der schon zwei Weltkriege verursacht, sechs Millionen Menschen in der sozialistischen Sowjetunion, die jüdische Bevölkerung sowie Roma und Sinti vernichtet hat, zu entlarven.

Wenn die *Bolschewistische Initiative Deutschland* und die *MLPD* in ihren ersten Flugblättern zum Krieg in der Ukraine den deutschen Imperialismus als Großmacht und eigenständigen Kriegsherd nicht einmal erwähnen oder ihn in dem Begriff "westliche Imperialisten" verschwinden lassen oder ihn gerade einmal als "Möchtegern-Großmacht" qualifizieren (*ArbeitZukunft*), tritt damit der Opportunismus gegenüber unserem Hauptfeind, dem "eigenen" Imperialismus zu Tage. Das tut er ebenso, wenn man nicht den widerlichen antirussischen Chauvinismus bekämpft.

Auch wenn der US-Imperialismus an der Spitze der westlichen imperialistischen Mächte steht, kann das nicht den Blick darauf verstellen, dass die Kräfteverhältnisse und Konstellationen der imperialistischen Großmächte untereinander ständig in Bewegung sind, dass der deutsche Imperialismus weltweit mit dem US-Imperialismus konkurriert und alles unternimmt, um seine hegemonialen Ansprüche zu verstärken.

Mit dem Finger auf den russischen oder auf den US-Imperialismus zu weisen und die kriegstreibende und knechtende Rolle des eigenen Imperialismus zu verharmlosen oder aus der Schusslinie zu nehmen, ist eine Form des Sozialchauvinismus. Die Bourgeoisie und die Regierung einer anderen Großmacht zu entlarven, die im Gegensatz zu den Interessen der "eigenen" Bourgeoisie steht, ist nicht die Erfüllung einer internationalistischen Pflicht, sondern eine imperialistische Intrige, weil sie der "eigenen" Bourgeoisie in die Hände spielt und sich an ihren Verbrechen mitschuldig macht.

Es ist Sache des Proletariats in Deutschland, sich auf den langen und steinigen Weg zu machen, sich dem Griff des deutschen Imperialismus und Revanchismus, entgegenzustellen. Die deutsche Bourgeoisie verschleiert die Militarisierung der Gesellschaft, ihre imperialistischen Interventionen und ihre

hegemonialen Ansprüche. Das Proletariat hat die Aufgabe, diesen Betrug, wie alle Verbrechen des "eigenen" Imperialismus in anderen Ländern und gegenüber anderen Völkern zu entlarven und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats zu propagieren:

"Es gibt nur <u>einen</u> wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes <u>im eigenen</u> Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) <u>eben eines solchen Kampfes</u>, eben einer solchen Linie und <u>nur einer solchen allein</u> in ausnahmslos <u>allen</u> Ländern. (Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, 1917, LW 24, 60)

Das imperialistische System bietet den Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder keine Perspektive, dafür aber der Kampf gegen diese Barbarei für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und ungerechte Kriege, in der die Grundlagen des bürgerlichen Staates zerschlagen werden. Für eine solche Gesellschaft, den Sozialismus, lohnt es sich zu kämpfen. Aber damit das Ausbeutersystem gestürzt und eine solche Gesellschaft errichtet werden kann, ist es notwendig, dass die Revolutionär\*innen sich organisieren. Sie müssen eine feste, kontinuierlich, und nicht von Fall zu Fall arbeitende Partei aufbauen, die demokratisch und zentralistisch die Kräfte zusammenballt. Eine Organisation, die die Theorie des Marxismus-Leninismus als Anleitung zum Handeln begreift.

# Proletarier\*innen aller Länder vereinigt euch! Proletarier\*innen aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

2. überarbeitete Auflage, April 2022

wortmeldung.kl@web.de

V.i.S.d.P.: P. Silie Karl-Marx-Str. 189, Berlin

#### Reklame

# Etwas über den Klassenkampf im Sozialismus

(2. geringfügig verbesserte Auflage, Juli 2021)

# Vier Beiträge von REVOLIT

- •Was Mao Tsetung und die KP Chinas seinerzeit wirklich dazu gesagt haben
- •Und: Wie man Lehren J.W. Stalins versimpeln kann, um sich auf ihn als Kronzeugen gegen die KP Chinas zu berufen
- •Und: "Selbst im Dunkeln tappen, aber anderen den Weg erleuchten wollen das geht nicht." (Mao Tsetung)

### Die Themen aller vier Beiträge

- Man muss die Wahrheit in den Tatsachen suchen Verfälschungen und Versimpelungen, getarnt als Analyse des "wissenschaftlichen Kommunismus" dienen nicht der Verteidigung des Marxismus-Leninismus, sondern dem Revisionismus
- Wie man nicht zur Aufdeckung von Quellen von Farbwechsel und Restaurationsgefahr unter der Diktatur des Proletariats wird beitragen können
- Nein, die Verteidigung der Lehren Stalins über den Klassenkampf im Sozialismus braucht keine "gut gemeinte" redaktionelle "Bearbeitung"
- Wie man die Lehren Stalins nicht verteidigen soll
- Zum Herangehen an die Einschätzung des Werks Maos nach 1949 Zu einer kunstvollen Methode, trotz geringer Kenntnis der Tatsachen weitestreichende Schlussfolgerungen zu basteln
- Was Gegen die Strömung (GDS) über Maos Schriften von 1950 bis 1976 zu sagen weiß: Ausgewählte Beispiele
- Kritiken an der KP Chinas über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, die auf einer Verdrehung ihrer Theorie und Praxis beruhen, sind unhaltbar
- Was die KP Chinas und Mao wirklich dazu sagten

1. Auflage 2017 im Heftformat, Heft 1 und 2 je 5€. // 2. Auflage 2021 als Buch 10€

Kontakt und Bezug über: <u>revolit@web.de</u> und Revolit c/o M99 im Exil, Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin